

Danziger Zeitung.

No 7950.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Abonnenten werden in der Expedition (Königsplatz No. 4) und außerhalb in allen Buchhandlungen angenommen. Preis des Quartals 1 R. 10 S. Auswärts 1 R. 20 S. — Inserate, pro Zeile 2 S., nehmen an in Berlin: H. Kreyer, A. Neumann und Rob. Meyers; in Leipzig: Engelhardt und Neumann; in Hamburg: Neumann, Neumann und Neumann; in Frankfurt a. M.: H. Kreyer, A. Neumann und Rob. Meyers; in Hannover: Engelhardt und Neumann; in Köln: Engelhardt und Neumann; in München: Engelhardt und Neumann; in Stuttgart: Engelhardt und Neumann; in Wien: Engelhardt und Neumann; in Prag: Engelhardt und Neumann; in Breslau: Engelhardt und Neumann; in Posen: Engelhardt und Neumann; in Danzig: Engelhardt und Neumann.

1873.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Mosk., 13. Juni. Nach aus Seban hier eingelangten Nachrichten ist auf einen Wachtposten der deutschen Occupationstruppen ein Attentat ausgeführt worden und der Thäter bis jetzt nicht entdeckt. Die dortige Commandantur hat in Folge dessen angeordnet, daß alle öffentlichen Locale um 9 Uhr Abends geschlossen sein müssen und daß von der Bevölkerung Niemand nach 10½ Uhr Abends die Straßen ohne besondere Erlaubnis passieren darf.

Bern, 13. Juni. Nach dem nunmehr vorliegenden Ergebnisse der Volksabstimmung im Canton Thurgau vom 11. d. M. ist das Civilgesetz zur Annahme gelangt, das Gesetz über die Befolgung der Lehrer und das Seminargesetz dagegen abgelehnt worden.

Rom, 13. Juni. Der Papst hat gestern die Generale und Procuratoren der religiösen Körperschaften in Audienz empfangen. Vom Generale der Jesuiten wurde dabei eine Adresse verlesen und überreicht. — Die vom „Pester Lloyd“ verbreitete Nachricht, daß während der kürzlichen Anwesenheit des Kronprinzen des deutschen Reichs und von Preußen in Mailand ein deutsch-italienischer Allianzvertrag abgeschlossen worden sei, wird von den italienischen Nachrichten als keine Begründung entbehrend bezeichnet. Die Begegnung des Kronprinzen mit dem Kronprinzen Humbert habe nicht in Mailand, sondern in Venedig stattgefunden und der Zusammenkunft hätten keinerlei politische Zwecke, sondern lediglich Motive der Freundschaft und Courtoisie zu Grunde gelegen.

New York, 12. Juni. Der Correspondent des „New York Herald“ ist, Nachrichten aus der Savannah zufolge, in Freiheit gesetzt worden.

Der Gesetzentwurf über Gewerbegerichte und Bestrafung der Contractbrüchigkeit. I.

Bei der Beratung und Beschlußfassung über die am 21. Juni 1869 publicirte Gewerbeordnung hat man nie daran gedacht, ein in allen seinen Theilen vollständig befriedigendes Gesetz zu Stande bringen zu können. Man war vielmehr allseitig überzeugt, daß zwar die Grundsätze, von denen man ausging, die für unsere Verhältnisse und für den gegenwärtigen Bildungsstand unseres Volkes wesentlichen richtigen wären, daß aber an den einzelnen Bestimmungen, vermuthlich welcher man sie zu praktischer Geltung zu bringen beschloß, noch, auf Grund späterer Erfahrungen, über kurz oder lang mancherlei Veränderungen vorgenommen werden müssen. Daß solche Veränderungen, die eben nicht die Grundsätze, sondern nur verschiedene Punkte ihrer praktischen Ausführung betreffen, schon jetzt nöthig geworden sind, wird so allgemein zugestanden, daß ein Beweis für diese Nothwendigkeit, wenigstens an dieser Stelle, uns wohl erlassen werden dürfte. Aber den zu diesem Behufe von der Reichsregierung eingebrachten Gesetzentwurf müssen wir uns wohl darauf ansehn, ob er mangelhafte Bestimmungen wirklich durch bessere ersetzt.

Der Entwurf besteht aus zwei Artikeln. Der erste derselben handelt von Gewerbegerichten, der zweite führt eine Strafe für Contractbrüchigkeit ein, und ändert zugleich, was die Ueberschrift aber nicht befaßt, diejenigen Bestimmungen der Gewerbeordnung ab, welche sich auf Erzwingung von Arbeitseinstellungen beziehen.

Der erste Artikel soll an die Stelle des § 108 der Gewerbeordnung treten. Er überläßt zwar da, wo „besondere Behörden“ zu diesem Zwecke nicht bestehen, die Entscheidung über Streitigkeiten der selbstständigen Gewerbetreibenden mit ihren Gesellen, Gehilfen oder Lehrlingen, die sich auf das Arbeits- oder Lehrverhältnis beziehen, in erster Linie noch immer den Gemeindebehörden; ja, er erweitert die Competenz derselben so weit, daß gegen ihre Entscheidungen nicht mehr eine Berufung auf den Rechts-

weg, sondern eben so, wie bei den neu zu schaffenden Gewerbegerichten, nur noch die Einlegung einer Nichtigkeitsbeschwerde gestattet sein soll. Dagegen nimmt er ihnen das Recht, diese Entscheidungen durch Rechtsmittel auf ein besonderes „Schiedsgericht“ zu übertragen. Es sollen statt dessen vielmehr die „höhere Verwaltungsbehörde“ resp. die „Centralbehörden“ die Befugnis erhalten, statt der Gemeindebehörde eine Deputation derselben, oder ein besonderes „Gewerbegericht“, mit den betreffenden Entscheidungen zu betrauen. Zum Vorstehen eines solchen Gewerbegerichtes soll durch die oberste Justiz-Aufsichtsbehörde der betreffenden Bundesstaaten ein zum Richteramt befähigter Beamter ernannt und dieser verpflichtet werden, zu jeder Gerichtsitzung zwei oder vier Beisitzer, zur einen Hälfte Arbeitgeber, zur anderen Hälfte Arbeitnehmer, aus einer von der Gemeindevertretung oder auch von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern selbst aufgestellten Liste, und zwar mit vollem Stimmrecht, zuzuziehen.

Man mag es bedauern, daß den Gemeindebehörden eine durch die Gewerbeordnung ihnen übertragene, und wirklich nicht unwichtige, Befugnis wieder entzogen werden soll. Aber tadeln kann man die Reichsregierung deshalb um so weniger, als ja während der ganzen vier Jahre, seitdem das Gesetz besteht, kaum die eine oder die andere Gemeindebehörde von dieser Befugnis Gebrauch gemacht hat. Außerdem steht es fest, daß in besonders gewerbereichen Orten die Verhältnisse zum großen Theile der Art sind, daß es zur Entscheidung der betreffenden Streitigkeiten und am Ende auch zur Vorbeugung derselben wenigstens einer feststehenden Deputation bedarf, welche durch dauernde Uebung ihrer Functionen zugleich in die Lage gebracht ist, sich das Vertrauen der streitenden Parteien zu erwerben. Nur eine solche stehende Deputation oder, wo dieselbe wegen eigener Unzulänglichkeit oder wegen zu großer Schwierigkeit der Verhältnisse die Dinge nicht beherrschen kann, wird ein richterlicher Beamter mit Beisitzern, deren Sach- und Personalkunde er und die Parteien vertrauen schenken können, ein eigenes Gewerbegericht bilden müssen. Keinen Falls aber dürfte die Berufung auf den Rechtsweg, d. h. in diesem Falle auf den Bagatellrichter, länger zugelassen werden. Freilich haben an vielen Orten die unterliegenden Parteien nur ganz ausnahmsweise von dieser Berufung Gebrauch gemacht, so daß vielfach nicht einmal ein Bedürfnis dazu vorliegt. Wo es aber vorliegt, da wird der Bagatellrichter und selbst ein Collegium von drei Richtern nur in seltenen Ausnahmefällen demselben gerecht zu werden vermögen. Wer die Natur der gewerblichen Verhältnisse nur einigermaßen kennt, wird einräumen, daß man mitten in denselben stehen, sie wenigstens aus nächster Nähe und mit sehr scharfem Auge betrachten haben muß, um in nur einigermaßen bedenklichen Fällen nicht bloß ein der juristischen Formel entsprechendes, sondern auch ein wirklich gerechtes und billiges Urtheil zu fällen.

Daß die Bestimmungen dieses ersten Artikels den gegenwärtigen Verhältnissen besser entsprechen, als die des § 108 der Gewerbeordnung, beweisen wir durchaus nicht. Aber es wäre vortheilhaft, wenn wir jetzt schon ein Urtheil darüber fällen wollten, ob sie auch von denjenigen durchgreifenden Wirkung sein werden, die wir von ihnen erwarten oder doch wünschen. Für den Augenblick sind übrigens die Bestimmungen des zweiten Artikels von noch größerem Interesse für uns.

Danzig, den 14. Juni.

Der Reichstag hat gestern von seiner umfangreichen Tagesordnung nur die beiden ersten Gegenstände behandelt, die wichtigsten und interessantesten Vorlagen, die Preß- und Civilgesetzentwürfe wurden nicht erledigt. Die zusammenhängenden Anträge Schulz und Lasker sind durch die Kammermühsere der Pfingstwoche veranlaßt worden, hoffent-

machte er mit dem Maler Bleich seinen ersten größeren Ausflug über Dresden, Meissen, den Harz, Cassel und Nürnberg nach München, wohin ihn der Ruf des damals schon berühmten Architekturmalers Dominic Quaglio zog, mit welchem zusammen er ein Jahr hindurch arbeitete. Seine ersten selbstständigen Arbeiter waren hier „das Innere des Doms zu Meissen, der Dom zu Regensburg“ u. A. Im Herbst 1824 trat er in Gesellschaft des späteren Ober-Consistorialrath Gräfen in Stuttgart seine Nömersfahrt an, die ihn über Trol mit Aufenthalt in Mailand, Mantua, Modena, Bologna, Florenz und Siena nach der ewigen Stadt führte. Dort war vorerst nicht an Malen zu denken, seine Mappe füllte sich zunächst mit Studien und Zeichnungen. In Mailand hatte der Dom einen so gewaltigen Eindruck auf den jungen Künstler gemacht, daß es ihn zu ihm zurückzog. Er unterwarf ihn gründlichen Studien, lernte nach Rom zurück und malte eine große „innere Ansicht des Doms zu Mailand“, die seinen Ruf begründete. Das Bild kam nebst einer „Ansicht des Forum Romanum“ 1826 auf die Kunstausstellung nach Berlin und wurde vom Kronprinzen, dem nachmaligen König Friedrich Wilhelm IV. angekauft. Consul Wagner bestellte eine Wiederholung, die ebenfalls auf die Berliner Ausstellung kam und dem König Friedrich Wilhelm III. so gefiel, daß Wagner zurücktreten und eine dritte Wiederholung bestellen mußte. Das Bild hängt jetzt in der National-Gallerie in Berlin, wie auch eine um jene Zeit gleichfalls für Wagner gearbeitete Ansicht „auf dem Dache des Doms zu Mailand“. — Vier Jahre weitete Schulz in Italien. Ausflüge nach Neapel und Sicilien gewährten reiche Ausbeute. Die Reise

lich wird eine solche für die Zukunft verhindert werden, wenn der Reichstag seine Worte wahr macht.

Die „N. N. Z.“ schreibt officiell: „Die Erwiderung des Bischofs von Paderborn auf die Anfrage des Oberpräsidenten von Westfalen wegen des Paderborner Priesterseminars ist als ein erster Fall tatsächlichen Conflicts und als ein Anlaß zu weiterem Einschreiten der Staatsregierung bezeichnet worden. Es beruht das auf irrthümlichen Voraussetzungen. Allerdings wird es einer der ersten Fälle sein, in welchen sich die Folgen des Gesetzes den Bischöfen gegenüber geltend machen werden, aber von einem Conflict kann dabei zunächst nicht die Rede sein. Das Gesetz über die Ausbildung von Theologen bestimmt in § 6, daß das Studium in bestehenden kirchlichen Seminarien als dem Universitätsstudium gleichstehend geltend kann, wenn der Cultusminister die betreffenden Anstalten als solche anerkennt. Diese Anerkennung darf nicht verweigert werden, wenn die Einrichtung der Anstalt den Bestimmungen des Gesetzes entspricht und der Minister den Lehrplan genehmigt. Zum Zweck der Ausführung dieser Bestimmungen sind die Oberpräsidenten angewiesen worden, mit den Bischöfen ins Benehmen zu treten und sie zu erforschen, diejenigen Seminare zu bezeichnen, für welche sie die Anerkennung wünschen, und ferner die Statuten, den Lehrplan, eine Nachweisung der Lehrer und ihrer Qualifikation u. s. w. einzureichen. Wenn nun der Bischof von Paderborn und ebenso andere Bischöfe diesem Erforschen nicht entgegen, — so ist für diesen Fall im Gesetze nicht etwa irgend eine Executions- oder Strafbestimmung festgesetzt, sondern die Folge ist einfach, daß der Cultusminister sich in der Unmöglichkeit befindet, das Seminar als ein solches anzuerkennen, auf welchem die künftigen Pfarrer ihre wissenschaftliche Bildung erhalten können. Nach § 13 kann aber der Minister die der Anstalt bestimmten Staatsmittel einbehalten oder auch die Anstalt schließen. Erst wenn die Bischöfe sich diesen Anordnungen thatsächlich widersetzen sollten, würde ein Conflict entstehen. Es bedarf nicht der Versicherung, daß die Regierung ihrerseits die Konsequenzen des Gesetzes nach allen Richtungen ziehen wird.“ Wir wollen mit den officiellen Ausführungen, in welchem Augenblicke man sagen kann, der Conflict habe wirklich begonnen, nicht streiten. Da die Bischöfe voraussichtlich sich jetzt noch nicht willfährig zeigen werden, so muß auch bald der Zeitpunkt eintreten, wo nach den obigen Ausführungen der Conflict eingetreten ist. Mögen dann den obigen Worten ungesäumt die entsprechenden Thaten folgen.

Der in der Mainzer Versammlung von den Conservativen gegründete „Deutsche Vereinländlicher Arbeitgeber“ veröffentlicht jetzt seine Statuten, die nichts Bemerkenswerthes enthalten, als daß der Verein eine Besserung der Verhältnisse der ländlichen Arbeiter außer in der Anwendung der wirtschaftlichen Gesetze besonders noch durch „Sitte und Religion“ herbeiführen suchen wird. Präsident des Vereins ist der regierende Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, dessen Stellvertreter Prof. Freiberger v. d. Holz, unter den Ausführenden steht sich unter einer Anzahl conservativer Rittergutsbesitzer auch der bekannte Katholik-Socialist Prof. A. Wagner in Berlin.

Nach officiellen Stimmen ist die Regierung nicht geneigt, auf das Nothpreßgesetz des Abg. Windhorst einzugehen. Sie will die finanzielle Concession des Fortfalls der Cautions- und der Stempelsteuer nicht ohne einen entsprechenden Ersatz (durch die drakonischen Bestimmungen des Bismarckschen Entwurfs?) gewähren.

Die reactionären Gelüste sind anstehend, auch die sächsische Regierung will die Zeitungen maßregeln, indem sie droht, ihnen die amtlichen Inserate zu entziehen. Das in Leipzig am meisten verbreitete Blatt, das „Tageblatt“, berichtet folgendes: „Vor wenigen Tagen wurde der Besitzer des „Tageblattes“

nach Sicilien machte er in Gesellschaft des Architekten W. Zahn und des Malers J. Schnorr von Carolsfeld. 1828 malte er in Aquarell ein großes „Panorama von Rom“, gesehen aus den Farnessischen Gärten, trefflich in Zeichnung und bewundernswürdig in der Wahrheit der Färbung. Später wurde es zweimal in Del ausgeführt, für Herrn Albers auf Traupel (in Westpreußen) und für Engländer.

Aus Italien kehrte Schulz im Spätherbst 1828 nach Berlin zurück, wo er durch den Hof und durch Private vielfach beschäftigt wurde. Er malte z. B. zwei innere Ansichten der neuen Friedrich-Werderschen Kirche für den König, „sechs Aquarelle der Burg Hohenzollern“, „innere Ansicht des Münsters zu Ulm“, das in den Besitz des Herrn Pannenberg zu Danzig kam.

Im Jahre 1830 wurde Schulz auf Empfehlung von Schinkel und Benth der Unterricht der Projectionalehre, Schattenconstruction und Perspective an der neu errichteten allgemeinen Bauerschule zu Berlin übertragen; doch verzögerte sich die Eröffnung der Anstalt und Schulz zog es vor, einem ehrenvollen Rufe seiner Vaterstadt Danzig zu folgen. Breßlig war nämlich am 29. August 1831 gestorben, und Schulz wurde an seine Stelle zum Director der Kunstschule berufen. Bei dieser Gelegenheit verließ ihn der König die Professur der Malerei. Schulz siedelte im Jahre 1832 nach Danzig über, wo er seitdem ununterbrochen, so lange es ihm seine Kräfte gestatteten, als ausübender Künstler und Lehrer eine gegenwärtige Thätigkeit entsaltete. Von seinen Schülern aus den nächsten Jahren nennen wir: „Innere Ansicht des Straßburger Münsters“, das in den

auf das Rathhaus geladen und dort wurde ihm amtlich mitgetheilt, der Rath habe im Auftrage des Ministeriums des Innern ihn dahin zu bezeugen: „daß die Genehmigung zur Benutzung des „Tageblattes“ als Amtsblatt für das Bezirksgericht und den Stadtrath unumgänglich sofort zurückgezogen werden wird, sobald von der Redaction des Blattes, sei es in einem Leitartikel oder in einer Correspondenz, oder sonst auf irgend welche Weise wieder die Rücksichten außer Acht gelassen werden, welche das amtliche Organ dem Staatsoberhaupt, der Landesverfassung, den gesetzgebenden Körperschaften und den Behörden angeheben zu lassen schuldig ist.“ Der Besitzer des „Tageblattes“ hat diese Mittheilung ruhig angehört und darauf sich dahin geäußert: er habe dazu vorläufig Nichts zu bemerken, er bitte sich eine Abschrift der Verordnung aus, um auf Grund derselben sich mit seinem Rechtsanwaltschaft zu besprechen und behalte sich alle weiteren Schritte vor. Die erbetene Abschrift ist am Mittwoch, 11. Juni, eingetroffen, die obige „Bedeutung“ ist derselben entnommen. Es handelt sich bei dieser Angelegenheit durchaus nicht etwa um einen kleinen Privatkrieg zwischen einer Behörde und einer Zeitschrift, vielmehr kommen hier Fragen in Betracht, welche die wichtigsten Grundlagen des Rechts- und Verfassungslebens in Sachsen nahe berühren. Das geistige amtliche „Dresd. Journ.“ verurtheilt die Bedeutung der Maßregelung abzufschwächen, es sagt, die Regierung wolle den Blättern eine unbefangene, freimüthige Meinungsäußerung nicht verkümmern, aber sie müsse mit allen geselligen Mitteln darüber wachen, daß sie diejenigen Rücksichten nicht bei Seite setzen, welche die öffentliche Ordnung und der öffentliche Anstand erfordern. Ordnung und Anstand sind sehr schöne Worte, es versteht nur Jeder etwas Anderes darunter. Die wüthenden monarchistischen Revolutionäre, welche jetzt in Paris das Heft in den Händen haben, werfen mit denselben Phrasen um sich.

Im Vatican herrscht eine zügellose Wuth gegen den Leiter unserer Politik. Gegenüber der würdigen, ruhigen und sachgemäßen Sprache des Reichskanzlers, wie er sie in der Reichstagsdebatte am Montag führte, antwortet das officielle Organ des Papstes, der „Osservatore Romano“ mit folgenden anflüchtigen Worten:

„Wo Bismarck aus den Grenzen des Ernstes heraustritt und sich überaus lächerlich macht, das ist dort der Fall, wo er von der Ernennung des Papstes spricht und mit einer Anwandlung grotesken Hochmuths sich anmaßt, die Prüfung der Legitimität der Wahl und des Standes des gewählten Papstes reserviren zu wollen. Das ist ein anderer Beleg für die sogenannte berechnende Narrheit, und nur aus dem Kopfe eines Tollhänkers können so wunderliche und fleghafte Erklärungen entspringen, welche gleichzeitig Ignoranz und Präpotenz, Stirnverbräuntheit des Sectirers und Verwegenheit des rohen Mannes beweisen. Wir, obgleich geringe, halten es unter unserer Würde, gegen solche bestialische Präntationen, welche Rechte und Gebrauche verletzen, zu protestiren. Wir haben nur Verachtung für denjenigen, welcher seine Gewalt mißbrauchen, sich so weit zu erdreisten wagt, die höchste Autorität der Erde zu bedrohen. Vor dieser sind formidablere Colosse als das deutsche Reich gefallen, und darum erweden die provocirenden Aufschneider des Bismarck unter verhänglichen Leuten nur ein bedauerndes Gelächter.“

Aus der Sprache kann man schon ersehen, auf welcher Seite das Recht ist; nur die Dummheit, welche trotz der scheinbar fleischgewissen Bureschkeit ihren allmählichen Fall fühlt, kann sich zu einer solchen, kaum zu bezeichnenden Sprache verstehen. Wir müssen von Zeit zu Zeit solche Auslassungen von ultramontaner Seite anführen, um die Gegner und ihre Waffen zu kennzeichnen.

In Frankreich sucht die Regierung immer größeren Schrecken unter den Republikanern zu verbreiten — und aus der Sprache der Blätter der

Besitz des Herrn Commerzienrath Heidsfeld gelangte, „Das Innere des Domes zu Frauenburg“, das der Kronprinz erwarb, „Ansicht vom Innern des Arushofes“, „Ansicht von Danzig mit dem Frauenthor“, das in den Besitz des Herrn Rabran, und „Ansicht des Stadthornes und der Kunstschulgänge zu Danzig“, das in den Besitz des Herrn S. Baum gelangte, 1836 erwarb die K. Akademie der Künste unsern Künstler zu ihrem ordentlichen Mitgliede. 1839 zog ihn die Sehnacht wieder nach Italien, wo er jetzt nur sieben Monate blieb. Unter den zahlreichen Früchten dieser zweiten italienischen Reise nennen wir: „Innere Ansicht des Domes zu Draveto“, das in den Besitz des Herrn Rob. v. Franzius und „die Gräberstraße in Pompeji“, das in den Besitz des Herrn Albers auf Traupel gelangte. Da bei vernachlässigter der rastlos thätige Künstler keineswegs die schönen Denkmäler seiner Provinz und Vaterstadt. Er lieferte eine „Ansicht des Domes zu Frauenburg“, die nach Amerika kam, eine „innere Ansicht desselben Domes“ für den Kronprinzen, der sie dem Fürstbischof von Hohenzollern schenkte und die dann in den Besitz der Prinzessin Marie von Hohenzollern in Danzig gelangte; „das Innere des Arushofes zu Danzig“ für Friedrich Wilhelm IV. und Herrn Albers auf Traupel, „Ansicht von Danzig“ im Besitz des hiesigen Magistrats.

Längere Zeit festsetzte Schulz das Schloß Marienburg, um dessen Restauration er als Rathgeber des Oberpräsidenten v. Schön sich nicht geringe Verdienste erwarb. Er malte 16 innere und äußere Ansichten des Schloßes in Aquarell, die im Schloßarchiv in Marienburg aufbewahrt werden, und nach diesen Aquarellen 9 größere Delbilder für Friedrich

Johann Carl Schulz *).

Unser um die Kunst und das Kunstleben unserer Stadt und Provinz besonders verdiente, uns so eben entrissene Mitbürger wurde hieselbst am 5. Mai 1801 in dem Hause Jopengasse 25 als der Sohn eines geachteten Kaufmanns geboren und selbst zum Kaufmann bestimmt. Doch verlor er den Vater bereits in seinem 6. Jahre, und die liebevolle und einsichtige Mutter legte später dem sehnlichen Wunsch ihres Sohnes, sich der Kunst zu widmen, keine Hindernisse mehr in den Weg. Zu diesem Zwecke besuchte er zunächst die Kunstschule seiner Vaterstadt, die damals unter der Leitung des verdienstvollen Adam Breßlig stand. Breßlig, der Erfinder der Panoramen und der Relief-Perspective, war ein denkender Kopf und anregender Lehrer und übte auf den jungen Schüler einen bedeutenden, für das ganze Leben nachwirkenden und bestimmenden Einfluß aus. Nachdem Schulz drei Jahre Breßlig's Unterricht genossen, begab er sich 1820 nach Berlin, wo er drei Jahre lang die unter Joh. Gottfr. Schadow's Leitung stehende Kunstakademie besuchte und im Atelier des dortigen Lehrbuch der Perspective bekannten Prof. Hummel malte. Er begann Landschaften mit architektonischem Inhalt zu malen, wandte sich aber immer mehr der damals noch wenig angebauten Architektur-Malerei zu. 1823

*) Benutzt sind außer den früheren in dieser Zeitung enthaltenen Aufsätzen und privaten Mittheilungen: Die deutschen Maler-Adressen des 19. Jahrhunderts von Dr. A. Andresen (Leipzig, Weigel, 1867) Band II.; ein Aufsatz von A. Bergau im III. Bande der Allpr. Monatschrift und ein anderer von demselben Verfasser in Nr. 19 der Bel. Beilagen des „Reichs- und Staats-anzeigers“ von 1873.

Einem erhebt man, daß dies nicht ohne Erfolg geschieht. Ranc, unter Thiers' Unbehelligkeit, soll gerichtlich verfolgt werden, und die Nationalversammlung wird sicher dem Verlangen Admittanten entsprechen. Ranc hat, wie man gestern in Paris erzählte, bereits die Flucht ergriffen, und an ihm liegt dem Monarchisten wohl auch wenig, er wird ihnen wahrhaftig wenig Schaden und den Republikanern noch weniger Nutzen stiften, aber die Menge wird eingeschüchtert, der beabsichtigte Erfolg ist erreicht. Wird Mac Mahon lange sich zum Werkzeug der Reactionäre machen? Daraus kommt Alles an, bei einiger Vorsicht kann er, wenn er der Mann dazu ist, die Dandee bald über Bord werfen. — So eben wird die erste Kundgebung Thiers' nach dem 24. Mai veröffentlicht. Der Expräsident beschuldigt die neue Regierung, eine Parteilinie zu sein. Das ist nur zu sehr wahr; aber es stünde mit Frankreich heute besser, wenn Thiers zu rechter Zeit sich auch auf eine bestimmte, gemäßigte Partei gestützt hätte. Seine Schaulustpolitik hat die Gegensätze nur vergrößert und die heutigen Zustände ermöglicht.

Deutschland.

△ Berlin, 13. Juni. Der Bundesrath hat gestern das Gesetz über Einführung der Reichs-Verfassung in Elsaß-Lothringen unverändert angenommen. Im Reichstage wird das Gesetz in der nächsten Woche die erforderlichen drei Lesungen passieren, so daß es etwa in 8 Tagen dem Kaiser zur Vollziehung unterbreitet werden kann. — Hinsichtlich des Münzgesetzes ist es zu einer Beschlußfassung noch nicht gekommen. Es erübrigt noch die Einholung von Instructionen verschiedener Commissionen über die Reichspapiergeld-Angelegenheit, doch wird die Frage in kürzester Zeit so weit gefördert sein, daß sie an den Reichstag gebracht werden kann. — In Betreff der Abwicklung der Reichstagsarbeiten darf jetzt angenommen werden, daß der Sessions-schluss in 10 bis 12 Tagen, also spätestens bis zum 26. d. M., erfolgen wird. Die Budgetcommission wird in wenig Tagen die Arbeiten erledigt haben, welche sie für das Plenum noch vorzubereiten hat. — Im Ministerium des Innern ist man außerdem Vernehmen nach mit der Frage beschäftigt, ob und in wie weit für Berlin eine eigene Städteordnung einzuführen sei. Es soll dabei an das rheinische Verfahren, an die Einsetzung eines Bürgermeisters mit Beigeordneten, welcher auch mit den Stadtverordneten in Beziehung zu treten hat, gedacht worden sein. Wie weit diese Pläne zur Ausführung gelangen werden, ist allerdings zur Zeit noch nicht abzusehen. — Heute sind „die Wespenn“ confiscirt worden. In Abgeordnetenkreisen, in denen dies unzweifelhaft beste Witzblatt eine stets begehrte Lectüre ist, wurde dies lebhaft bedauert.

Schweiz.

Berni 13. Juni. Der Verfassungsrath des Cantons Schaffhausen hat eine Proclamation erlassen, in welcher die Bevölkerung aufgefordert wird, ihren Wünschen betreffs einer Revision der Bundesverfassung Ausdruck zu geben.

England.

London, 13. Juni. Zwischen den hiesigen Bau-Unternehmern und ihren Arbeitern sind Differenzen ausgebrochen. Die letzteren verlangten eine Lohnerhöhung, worauf erstere erklärten, für den Fall eines Streites ihre Werkstätten ganz schließen zu wollen. (W. Z.)

Frankreich.

Paris, 12. Juni. Dem „Figaro“ wird aus Wien mitgetheilt, daß der Herzog von Montpensier dem Grafen von Chambord eine Visite machte und dieser jenem am folgenden Tage, doch daß man sich gegenseitig nicht zu Hause fand und daher mit Karten abwechselte. Am folgenden Tage erschien der Graf von Chambord in der französischen Abtheilung der Ausstellung mit der Gräfin und kaufte das Elsaß, nämlich die Büste des weinenden Elsaßes, nebst einer Statuette von Marie Antoinette. Der gleiche Karten-Austausch fand laut „Figaro“ zwischen dem Prinzen Napoleon und dem Marquis de Mac Mahon statt. Selbstsamer Weise läugnet die „Agence Havas“ hartnäckig diesen Austausch von Höflichkeiten. — Der Präfect des Cher-Departements hat die ihm untergebenen Beamten benachrichtigt, daß er an der am 15. Juni in Bourges stattfindenden Procession theilnehmen werde; die Angestellten der Präfectur werden diesen Wink nicht mißverstehen. Am 19. Juni sollen von Paris drei besonderezüge abgelassen werden, welche Wallfahrer nach Paray-le-Monial zu führen bestimmt sind.

Spanien.

Madrid, 10. Juni. Als ob des Wirrwarrs noch nicht genug im Lande wäre, bestätigt die amtliche Zeitung wirklich, daß Santa Cruz sich von Don Carlos losgesagt und die katholische Re-

publik mit Cabrera als Präsidenten ausgerufen habe. Die amtliche Zeitung ist nun freilich nichts weniger als unfehlbar, und trotz ihrer Bestätigung muß man noch abwarten, ob die vielen politischen Mißgeburten in Spanien noch durch die der ultramontanen Republik vermehrt worden sind. — Die Familie von Don Carlos ist in Bordeaux angekommen und bei der Gräfin de Curzo abgestiegen. Don Carlos selbst soll sich ebenfalls in Bordeaux befinden. Die jetzige französische Regierung erregt selbstverständlich keine Maßregeln gegen denselben.

— 12. Juni. Castelar wird auch fernerhin an den Sitzungen der Cortes theilnehmen. Für morgen ist die Wahl des Präsidenten anberaumt, die voraussichtlich auf Nicolaus Salmeron fallen wird. — Wie von Murviedro gemeldet wird, haben dort Unordnungen unter den Soldaten stattgefunden, wobei ein Oberlieutenant getödtet ist. Auch in der Armee von Catalonia scheint die Disciplin sehr gelockert zu sein; in Sicht hat ein Bataillon seine Offiziere verjagt und den Bewegungen der Carlisten werden keine Hindernisse in den Weg gelegt. (W. Z.)

Rumänien.

Bukarest, 13. Juni. Die österreichischen Zwanziger werden um 10 und die russischen Silberrubel um 15 Centimes im Course herabgesetzt und sollen diese Münzen mit dem 1. Dezember ganz außer Course gesetzt werden. (W. Z.)

Amerika.

Newyork, 30. Mai. Neben der Indianer-Affaire ist es gegenwärtig die Chinesen-Frage, welche im fernen Westen und ganz besonders in Californien die dortige Bevölkerung beschäftigt und demnachst zu ernstlichen Demonstrationen führen dürfte. Hatte man in den ersten Jahren die Einwanderung der Chinesen als eine große Wohlthat betrachtet, und haben diese in der That dem Staate Californien große Dienste geleistet, so treten doch jetzt die Schattenseiten des anhaltenden Zustroms mongolischer Arbeitskräfte zum Nachtheil der kalifornischen Bevölkerung sehr stark hervor. Der Chinesen hat, so zu sagen, gar keine Bedürfnisse, kann demnach um sehr billigen Lohn arbeiten und selbst von diesem den überwiegenden Theil sparen. Muß der kalifornische Arbeiter solcher Concurrenz weichen, so erwächst dem Lande noch nebenbei der große Nachtheil, daß fast alles den Chinesen für Arbeitslohn gezahlte Geld dem Verkehre entzogen und nach China exportirt wird. Bedenkt man, daß in der Stadt San Francisco allein in Cigarren- und anderen Fabriken über 20,000 Chinesen arbeiten, daß als Wäscher, Diensthöten und ganz besonders an Eisenbahnen eine noch weit größere Zahl beschäftigt ist, so erscheint die Summe, welche das Land auf diese Weise verliert, keineswegs unbedeutend. Ist man nun auch bereit, das bestehende Uebel zu dulden, so giebt sich doch eine ganz entschiedene Opposition gegen fernere Chinesen-Einwanderung kund, und man glaubt allgemein, daß diese sehr bald gegen die Dampfschiff-fahrts-Compagnie zum Ausbruch kommen werde, welche den Transport der Chinesen vermittelt. Diese ihrerseits, wie die Chinesen selbst, stehen zwar unter dem Schutze der Verträge zwischen den Vereinigten Staaten und China, aber die Waffen der weißen Arbeiter sind so vortheilhaft organisiert, daß es nicht leicht sein wird, dieselben in Schach zu halten. Wird der Einwanderung von Chinesen nicht auf anderem Wege Einhalt gethan, so werden wir bald hören, daß die weißen Arbeiter San Francisco's weitere Landungen mit Gewalt zu verhindern suchen, wenn sie sich nicht etwa zu noch schlimmeren Excessen verleiten lassen.

Australien.

Auf den Fidschi-Inseln gehen die Sachen schief. Dort hat es einen förmlichen Aufstand gegeben, der nur durch die rechtzeitige Ankunft des britischen Kriegsschiffes „Dido“ gestillt wurde. Die weißen Anführer sind mit der Regierung des Königs Jakobus unzufrieden. Am 27. März wurde die Disharmonie acut, indem die Weißen unter Leitung eines gewissen de Louch Ireland und seines Freundes White — der früher Freiwilligen-Oberst in Newsealand war — sich offen gegen die Obrigkeit auflehnten. Sie beklagten sich über gänzliche Unfähigkeit der Regierung, übermäßige Vermehrung der Staatsschuld, welche die gewünschte Annexion an die britischen Besitzungen ganz hoffnungslos erscheinen lasse. Die Regierung sandte eine Abtheilung eingebornen Truppen unter Major Figgelard zur Herstellung der Ruhe, doch diese wichen vor dem ansehnlichen Contingent von gut bewaffneten Weißen zurück. An Mannschaften und Rathgebern, nämlich dem Minister des Innern, Swanson, und dem Chef der Polizei, Capitän Harbing, verstärkt, rückte Figgelard nochmals und mit besserem Erfolge vor, und da die Streikkräfte ziemlich ebenbürtig schienen, verstanden sich die Führer zu einem Waffenstillstand, zu welchem das Erscheinen des Schiffes „Dido“ einen

Vorwand gewährte. Die Sache sollte dem Capitän des Schiffes, Chapman, zur Entscheidung vorgelegt werden. Capitän Chapman hörte die Beschwerde der Aufständigen ruhig an, wies dieselben jedoch darauf energisch zurück und verbot sie durch Vorstellungen und Drohungen, sich der bestehenden Obrigkeit zu unterwerfen. Dieser Entschluß hat die Sache der Regierung ungemein getrübt und viele der Unzufriedenen sollen in's Lager der Ordnungsfreunde übergegangen sein, so daß noch einmal Aussicht auf Frieden in dem Reiche des Königs Jakobus ist.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angenommen 3/4 Uhr Nachmittags.
Berlin, 14. Juni. Dem „Deutschen Wochenblatt“ zufolge gilt es in den Regierungskreisen als wahrscheinlich, daß die Herbstsession des Reichstags im November beginnen und den December hindurch dauern soll, worauf der preussische Landtag kurz vor dem verfassungsmäßigen letzten Termin im Monat Januar einberufen würde.

Paris, 14. Juni. Der Oberhandelsrath sprach sich in der gestrigen Sitzung einstimmig für die Zurückziehung der Gesetzesvorlagen betreffend die Flagen-Zuschlagsteuer und die Steuer auf Rohstoffe aus.

Danzig, den 14. Juni.

[Auszug aus dem Protokoll der 37. Sitzung des Vorsteher-Amtes der Kaufmannschaft vom 11. Juni 1873.] Anwesend die Herren Goldschmidt, Albrecht, Damme, Bischoff, Gibson, Steffens, Böhm, Miz, Firsch, Pelschov, Siebler, Behrend, Stoddart und Ehlers. — Nach Mittheilung der K. Regierung ist Herr Archibald Ford in Danzig, nachdem derselbe in Stelle des auf seinen Antrag entlassenen Consuls Herrn S. M. Böhm zum dänischen Vice-Consul für Danzig ernannt worden, vom Herrn Oberpräsidenten im Auftrage des Herrn Reichsfinanzers die Ausübung der consularischen Functionen gestattet worden. — Beim Magistrat ist eine Reparatur der Fenster im Artushofe beantragt worden. — In den Kosten für Bewachung der Petroleumschiffe im Hafencanal sind bisher für Miete eines Wachtloccs täglich 5 Gr. gerechnet. Nach Bericht des Herrn Koosten-Commandeurs hat sich nunmehr die Nothwendigkeit herausgestellt, diese Miete auf täglich 10 Gr. zu erhöhen. — Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft zu Königsberg ist wegen Ausführung der neuen Schiffsvermessungs-Ordnung beim Bundesrathe vorstellig geworden, und hat Abchrift dieser Vorstellung unter der Anfrage mitgetheilt, ob ähnliche Mißstände auch hier hervorgerufen seien. Nachdem in der Angelegenheit von Herrn Gibson und dem Secretär mit den hiesigen Herren Schiffs-Abrechnern conferirt ist, worüber ein Protokoll vorliegt, wurde beschlossen, über die Handhabung der erst seit so kurzer Zeit eingeführten neuen Schiffsvermessungs-Ordnung noch weitere Erfahrungen abzuwarten, hinsichtlich einiger von den Herrn Schiffsabrechnern bezeichneten Punkte aber mit der hiesigen Vermessungsbehörde betreffende Rücksprache zu nehmen. — Eine Zuschrift des Verbandes Deutscher Droguisten, betreffend den Verkehr mit Apothekern, geht mit sämtlichen Anlagen an Herrn Firsch zur Anhörung hiesiger Interessenten und demnachst zum Bericht an das Vorsteher-Amt. — Vom Herrn Handelsminister ist ein Bericht darüber eingefordert, ob und inwiefern die durch das Gesetz über die Actiengesellschaften vom 11. Juni 1870 gegen Umgehungen, Täuschungen und andere Mißbräuche aufgerichteten Garantien, unbeschadet der freien Bewegung des Verkehrs, einer Erweiterung fähig und bedürftig erscheinen. Mit der Bearbeitung dieser Sache wird eine Commission beauftragt. — Die Handels- und Gewerbe-Kammer zu Dresden hat ihre Beschlüsse, betreffend die Arbeiterfrage und die Minimalgrenze für künftighin zu emittirende Banknoten und Kassenscheine, mitgetheilt. — Für Banknoten und Staatspapiergeld wird ein Minimalbetrag von 50 Mark — statt 100 Mark — empfohlen. Derselben Antrag wird das Vorsteher-Amt sich nicht anschließen. — Betreffs der Arbeiterfrage beantragt die Dresdener Handelskammer die Wiedereinführung der Legitimationsblätter, die Festsetzung angemessener Strafen für Vertragsbrüche der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber in ihren gegenseitigen Beziehungen, Verschärfung der im § 153 der Gewerbeordnung normirten Strafen für Mißbrauch der Coalitionsfreiheit, und Einrichtung von Schiedsgerichten mit executiver Gewalt. Das Vorsteher-Amt hat eine Commission mit der Berichterstattung über diese Vorschläge beauftragt. — Der von dem Curatorium der Handels-Akademie vorgelegte Etat der Handelsakademie pro 1. April 1873/74 wurde genehmigt. Derselbe schließt in Einnahme und Ausgabe mit 5595 R. 26 S. 6 A. — Im Getreide-Terminhandel ist es als ein Uebelstand empfunden worden, daß die theilnehmenden Mittelspersonen nicht immer rechtzeitig davon unterrichtet

werden, ob die betr. gekündigte Partie etwa vom letzten Empfänger resiliert, ob dieselbe alsdann vom ersten Anmelder einfach zurückgezogen oder ob die Entscheidung der Sachverständigen angerufen ist, und wie diese in letzterem Falle entschieden haben, überhaupt ob die gekündigte Partie angenommen oder zurückgegangen ist. Das Vorsteheramt hat deshalb vorgeschlagen, einen täglichen Auszug aus dem Kündigungsregister jedesmal sechs Tage an der Börse anzuhängen, und in demselben einen etwaigen Refus vermerken zu lassen. Dafür ist es nothwendig, daß die betr. letzten Empfänger und ersten Anmelder, sowie der fungierende Vorsitzende der Sachverständigen jedesmal auf dem Secretariate die bezüglichen Bemerkungen eintragen lassen. Nachdem nunmehr diese Einrichtung von den durch Kurrende aufgeführten Interessenten am Terminhandel angenommen ist, wird dieselbe vom 1. Juli d. J. ab eingeführt werden.

Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft. Goldschmidt.

* Der Magistrat hat mit den Herren J. & A. Aird die Vereinbarung getroffen, denselben für die in dem ursprünglichen Project nicht vorgesehenen Mehrarbeiten bei der Pumpstation und den beiden Dämmen die Summe von 28,000 R. zu zahlen, worüber die Stadtverordneten in ihrer nächsten Sitzung zu beschließen haben werden. Aus der dieser Vorlage beigegebenen Uebersicht erzieht sich, daß die Kosten der Canalisations- und Wasserleitungsarbeiten bisher rund 1,114,136 R. betragen, wovon 1,005,583 R. bereits bezahlt sind, so daß noch (incl. der obigen 28,000 R.) 108,553 R. zu zahlen sind. Von der Canalisations-Anleihe sind noch ca. 20,000 R. zur Verfügung.

* Uebermals ist Anlaß genommen worden, die Behörden zu veranlassen, daß sie auf Impfungen und Wiederimpfungen hinwirken, zumal kein Fall berichtet worden, welcher wirklich geeignet wäre, in irgend einer Beziehung das Vertrauen auf die wohlbegründete und bei angemessener Ausführung durchaus gefahrlose Wirksamkeit der Schutzblattern-Impfung, beziehungsweise Wiederimpfung, zu beeinträchtigen, wenn nur wenigstens darauf gehalten wird, daß nur durchaus gesunde Kinder zur Wiederimpfung benutzt werden. Nähere bei der Bodenepidemie vom 1. September 1870 bis 31. December 1872 angestellte Ermittlungen haben ergeben, daß während der eben erwähnten zwei Jahre und vier Monate von den ungeimpft Erkrankten 61%, von den einmal geimpft Erkrankten 21.7% und von den wieder geimpft Erkrankten 17.6% gestorben sind. Diese Zahlen, so wie der Umstand, daß diejenigen Bevölkerungskreise, welche sich fast durchgehends der ein- oder mehrmaligen Impfung unterworfen haben, nur in verhältnismäßig sehr geringem Grade von den Boden befallen wurden, sprechen allerdings für die Schutzkraft der Impfung.

* Die Beilegung von Rechnungen resp. einer den Preis betreffenden Nota ist von jetzt ab nicht nur bei Wägern, Bildern und Musikalien, sondern auch bei Zeitchriften gestattet, wenn dieselben unter Band gegen die ermäßigte Lage für Druckfachen besichert werden.

* Die in einem hiesigen Blatt enthaltene Mittheilung, daß in der A. Steimmig'schen Papierfabrik in Gr. Voelkau der Kessel explodirt sei, ist dahin zu berichtigen, daß nicht dieser, sondern der sogenannte „Rocher“, dasjenige Behältniß, in welchem die Pumpen gelocht werden, durch die Jahrallzeit der betr. Arbeiter explodirt ist. Zwei Gebäude sind durch diese Explosion zertrümmert, aber glücklicherweise nicht einmal Verwundungen vorgekommen. Die Fabrik selbst ihren Betrieb ohne Unterbrechung fort.

* Die Kunstler- und Gymnastiker-Gesellschaft des Herrn Little Beach wird Ende dieses Monats, die des Herrn Salomonky am 4. August hier ein treffen. Die Directoren beider Kunstlergesellschaften haben in früheren Jahren sich hier ein so vortheilhaftes Renommee erworben, daß ihnen eine günstige Aufnahme in unserer Stadt in sicherer Aussicht steht.

* Den 12. d. M., Nachts 2 Uhr, wurden die Fischer A. Weichbrodt und C. Meyer aus Neufahrwasser von der gegen die Ojmoole vorherbestehenden Brandung mit ihrem Boote umgeworfen, aber von dem Fischer M. Wendt aus Weichselmünde und seinen 2 Bootsgenossen gerettet.

* Der Wasserstand der Weichsel in

Warschau war am 12. Juni 7 Fuß, am 13. Juni

6 Fuß 5 Zoll; das Wasser fällt wieder.

* (Polizeiliches.) Am 10. d. M. Nachmittags 4 Uhr wurde vor dem katholischen Schulhause in Lange- fuhr ein 8 Jahre altes Mädchen aus Neuschottland durch die im Galopp auf der Straße fahrende Equipage des Herrn Böhlers Kumm aus Hochstrief überfahren und so erheblich an der Brust und dem Rücken sowie an den Beinen verletzt, daß das Kind nach Hause getragen werden mußte. — In einem Hause des 4. Damms wurden von den auf dem Dache zum Trocknen aufgehängten Sachen verschiedene Stücke, sowie in einem Hause am Fächeltaler-Berg verschiedene Kleidungsstücke mittelst Einsteichs gefohlen. — Von einem Herrn ist am 13. Nachmittags auf der Fahrt nach Neufahrwasser eine ziemlich hohe Summe Geldes, und von einem Anderen auf dem Langenmarke eine goldene Uhr- kette verloren worden.

—n- Weichselmünde, 14. Juni. Eine delikate Fischorte — Farpel genannt — kommt hier außerst selten zum Vorschein; in letzterer Zeit aber sind viele gefan-

Wilhelm IV., die in den Schlössern zu Berlin und Potsdam hängen.

Besondere Sorgfalt wandte Schulz immer den malerischen und architektonischen bedeutsamen Denkmälern seiner Vaterstadt zu. Ihm vorzüglich ist es zu verdanken, daß der Werth derselben jetzt auch in ganz Deutschland bekannt und anerkannt ist. Er war dafür nicht bloß mit dem Pinsel, sondern auch mit der Radirnadel thätig. Zur Zeit seines zweiten Aufenthaltes in Rom im Jahre 1839 machte er die Bekanntschaft des kunstsinigen Königs Wilhelm I. von Württemberg. Der König bewaunerte, daß der alterthümliche Charakter der Stadt Danzig so wenig bekannt und verbreitet wäre und forderte Schulz auf, denselben mit möglichststen Kräften zur allgemeinen Kenntniß zu bringen. Das ward die Ursache, daß Schulz nach seiner Rückkehr zeitweilig den Pinsel mit der Radirnadel verwarf und zu einer Zeit, in der die alte bewährte Technik der Maler-Radierung durch die neu erfundene Lithographie fast ganz in den Hintergrund gedrängt wurde. Wir kommen hier zu dem eigentlichen Lebenswerk des unermüdblich schaffenden Künstlers, durch welches er sich selbst das beste Denkmal gesetzt und seinen Namen für alle Zeiten mit seiner Vaterstadt verbunden hat, zu dem Werk „Danzig und seine Bauwerke“, welches in drei Folgen mit zusammen 64 Blatt in größtem Folio in den Jahren 1840 bis 1866 erschienen ist. Das Werk, welches aus dem Selbstverlage des Künstlers vor Kurzem in den Besitz der Verlags-Handlung von Ernst und Korn in Berlin übergegangen ist, ist allen Kunstfreunden bekannt. Wir dürfen hier nur die Titel der Blätter angeben. Die erste Serie enthält: 1. Eine Stuccaturbede im Uebergang

der Renaissance zum Rococo (Titelblatt). 2. Das hohe Thor (Dedicationstblatt). 3. Danzig vom Zigeunergasse gesehen. 4. Stadthurm und ehemalige Festung. 5. Langgasse. 6. Wohnhäuser in der Langgasse. 7. Beischläge in der Jopengasse. 8. Hausflur eines Hauses in der Langgasse. 9. Der lange Markt. 10. Rechtschäftliches Rathhaus. 11. Rathhausflur. 12. Sommerathstube. 13. Artushof mit dem Springbrunnen. 14. Artushof (Interieur). 15. Größenverhältnisse der Danziger Kirchen unter sich und zur Peterskirche in Rom. 16. St. Katharinen, St. Marien, St. Peter und Paul. 17. St. Marien. 18. Südliches Seitenstück von St. Marien. 19. Heil. Leichnam. 20. St. Trinitatis und St. Annen. 21. Frauenchor. 22. Stadthof. 23. Thurm am Stadthof. 24. Aus dem fünfzehnten Jahrhundert. Die zweite Serie enthält: 1. Danzig vom Bischofsberge gesehen. 2. St. Elisabeth und Rammelerkirche. 3. St. Bartholomäi. 4. Chorabschluß von St. Katharinen. 5. Chor von St. Trinitatis (Interieur). 6. Winterrathstube. 7. Kabauneninsel. 8. Altkatholisches Rathhaus. 9. St. Brigitten und große Mühle. 10. Altes Zeughaus. 11. Wohnhäuser der Langgasse. 12. Hausflur eines Bürgerhauses. 13. Gothische Wohnhäuser. 14. St. Nicolai-Dominicaner. 15. St. Johannis. 16. Rammereikasse (Interieur). 17. Depositalasse (Interieur). 18. Sigismund August als Fahnenenträger und Krönung des Rathhauses. Die dritte Serie enthält: 1. Danzig vom Hagelsberge. 2. Jopengasse. 3. Rococo-Ranzel in St. Marien. 4. Aus dem Danziger Bilde: „das jüngste Gericht“. 5. Eshaus der Langgasse. 6. Barocke Hausflur. 7. Wohnhaus aus der Ordenszeit. 8. Die Halle. 9. Bei-

schlag. 10. Renaissance-Hausflur. 11. Andere Gruppe aus dem „jüngsten Gericht“. 12. Hausflur meines Vaterhauses.

Auch in der Lithographie versuchte sich Schulz, aber sie gelang ihm nicht nach Wunsch, und er ließ es bei zwei Blättern bewenden.

Neben der Ausübung in der Kunst war Schulz auch unermüdblich thätig für Erweckung und Ausbildung des Kunstsinnes unter seinen Mitbürgern. 1835 gründete er den hiesigen Kunstverein, 1841 hielt er eine öffentliche Vorlesung „über alterthümliche Gegenstände der bildenden Kunst zu Danzig“, welche im Druck erschien, 1856 listete er in Verbindung mit gleichgesinnten Männern den Verein zur Erhaltung der alterthümlichen Kunstwerke in unserer Stadt. Leider hat der Verein es nicht immer verhindern können, daß schöne und ehrwürdige Bauten zerstört worden sind, ja manchmal war es sogar nicht mehr möglich, von den interessantesten Gegenständen Zeichnungen zu nehmen, ehe sie der Mode oder dem Verkehre zum Opfer fielen. Dies schmerzte ihn tief, mußte er doch selbst sein Geburtshaus vor seinen Augen zerstören sehen.

Nachdem Schulz sein großes Werk im Jahre 1866 abgeschlossen, drängte ihn sein reger Geist, noch ein neues Werk zu unternehmen, welches denn nun auch, wenn auch nicht in der beabsichtigten Ausdehnung, unter dem Titel „Tutti fratti“ erschienen ist. Er benutzte dafür theils ältere Zeichnungen, welche er früher in Deutschland und Italien gesammelt, theils solche, welche er in der allerneuesten Zeit in Danzig und Umgegend speciell für diesen Zweck gefertigt hatte, theils wurden auch ältere, noch nicht benutzte Platten gebraucht. Er hatte dieses Werk

auf drei Hefte zu je sechs Blättern angelegt, aber, noch hatte er kaum die Platten zu zwei Hefen fertig, da traf ihn im October 1870 das für einen Künstler härteste Geschick, indem ihm die rechte Hand in der Weise gelähmt wurde, daß er Zeichenstift, Radirnadel und Pinsel nicht mehr führen konnte. Er mußte sein Werk mit 12 Blatt in groß Folio abschließen, und zwei der Platten hat er noch nach der Lähmung der rechten Hand mit der linken zu Ende gebracht. Aber auch so bietet das Werk des Interessanten und Schönen genug, z. B. eine höchst pittoreske Ansicht „Auf den Dächern von Danzig“, die hiesige Werft, mehrere Ansichten von Oliva und Pella u. s. w. Schulz schloß sein Werk, früher als er es gewollt, mit den tief empfundenen Worten Dante's:

«Nessun maggior dolore
Che ricordarsi del tempo felice
Nella miseria.»

Nachdem dem Künstler die gewohnte angestrengte Thätigkeit physisch unmöglich geworden war, schienen Körper und Geist ihre frühere Spannkraft immer mehr zu verlieren. Im vergangenen Jahre mußte er wegen zunehmender Krankheit auch auf die lehr- amtliche Thätigkeit Verzicht leisten. Seit Oftern konnte Schulz nicht mehr das Bett verlassen, und am Donnerstag machte ein Schlagfluß dem langen und schweren Leiden des Künstlers ein Ende. Nächsten Montag, früh 8 Uhr, werden ihn seine Freunde und Verehrer zur letzten Ruhestätte nach dem Kirchhof zu Heil. Leichnam geleiten. Die Kunst hat in ihm einen tüchtigen Meister verloren, seine Vaterstadt einen ihrer treuesten und verdienstlichsten Söhne. Er hat selbst dafür gesorgt, daß er von uns nicht vergessen werden kann.

Redaction, Druck und Verlag von
A. W. Rasemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Reichstag.

51. Sitzung am 13. Juni.

Der Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Reichstagswahlkreise 5 und 6 des Regierungsbezirks Oppeln (entsprechend der vom preussischen Landtage genehmigten Abgrenzung der Wahlkreise Deutsch-Tarnowitz und Ratiboritz-Sabrze) wird in erster und zweiter Beratung genehmigt. Der letztere Gesetzentwurf giebt dem Abg. Krüger (Sachsen) Anlaß zu einer Beschwerde des nordschleswiger Wahlbezirks, der in so erschrecklicher Weise zerstückt sei, daß Keiner jetzt den Kollegen verloren habe, mit dem er noch vor einigen Jahren die nichtdeutsche Bevölkerung Nordschleswigs vertreten habe. Er stellt auch einen darauf bezüglichen Antrag. Reichensperger (Erfeld) mahnt, dem Vorredner, obwohl er durch die Versicherung, daß er kein Deutscher sei, das Wohlwollen der Versammlung gerade nicht gesucht hat, doch in der Sache selbst volle Gerechtigkeit zu erweisen; dazu genüge aber nicht ein allgemein gehaltenes, sondern nur ein auf Beschwerden der Bevölkerung begründeter Antrag auf Abänderung der Wahlkreise. Abg. Krüger ist aber im Moment nicht im Stande, einen solchen Antrag zu liefern.

Es folgt die Beratung der Resolutionen Schulze's und Lasker's, deren Inhalt sich so nahe berührt, daß die Discussion sich sofort auf beide zugleich erstreckt, obwohl der Tagesordnung nach zunächst der erste zur Beratung steht. Die von Schulze eingebrachte Resolution lautet: „1) Es ist die Pflicht der verbündeten Regierungen, der Beratung des Reichstages das Verabreichungsmaterial, insbesondere den gesammelten Reichshausalt, dergestalt bereit zu stellen, daß die Arbeiten des Reichstages ohne Verzögerung und Unterbrechung ihren Verlauf nehmen können; 2) ganz besonders ist dabei von der Reichsregierung auf Abstellung des gleichzeitigen Tagens der einzelnen Landesvertretungen mit dem Reichstage zu dringen, indem dadurch die Thätigkeit der Abgeordneten, wie das Interesse des Volkes daran in einer Weise zerstückt wird, welche der vollen Hingebung an die großen nationalen Aufgaben des Reiches hemmend in den Weg tritt.“ Die von Lasker eingebrachte Resolution lautet: „Der Reichstag wolle beschließen: 1) zu erklären, daß die Monate October, November und December als die geeignetste Zeit für die ordentliche Session des Reichstages erscheinen; 2) den Herrn Reichskanzler aufzufordern, darauf hinzuwirken, daß in Zukunft der Monat October für die regelmäßige Einberufung des Reichstages zur ordentlichen Session in Aussicht genommen werde.“ — Abg. Schulze verweist auf die bedauerlichen Vorcommissen in den letzten Monaten, auf die wiederholte Beschlußunfähigkeit des Reichstages, welche ihm die härtesten Vorwürfe seitens der Nation eingetragen habe. Es sei leicht zu sagen, daß sich Jeder vor der Uebernahme eines Mandats prüfen müsse, ob er den Pflichten derselben genügen könne, aber Niemand habe vorhersehen können, daß die Reichsregierung den Reichstag zu einer Zeit zusammenberufen und Monate lang halten werde, ohne das Verabreichungsmaterial fertig gestellt zu haben. Der Reichstag habe Geduld genug gehabt; nun sei es endlich nothwendig, daß er laut spreche und namentlich sei das eine Ehrenpflicht für die Mitglieder, welche für die nächste Session ihre Mandate aufgeben würden, um jüngeren Kräften Platz zu machen. Es dürfe so nicht weiter gehen, denn sonst schränke man das passive Wahlrecht auf die exclusivsten Kreise ein, auf die Spitzen der Geburts- und Geldaristokratie, auf Gräber und Aufsichtsräthe, eine Vertretung, welche schwerlich nach dem Gesinnungssinn des Volkes sein würde. — Präsident Delbrück: Die Uebelstände, die der Vorredner hervorgehoben hat, sind vorhanden. Es ist auch für uns dringend wünschenswert, daß die Session des Reichstages so bald wie möglich beendet werde. Der Reichstag hat wiederholt zu erkennen gegeben, er wünsche ein gleichzeitiges Tagens des Reichstages und der Einzellandtage nicht. Durch diesen Wunsch, dessen Berechtigung im Allgemeinen nicht bestritten werden kann, sind wir in die Lage gekommen, für den Reichstag eine sehr eng begrenzte und ungenügend ungewöhnliche Sitzungszeit zu wählen. Denn nach den Verfassungen mehrerer, und zwar der größten Bundesstaaten sollen deren Landtage im Herbst zusammentreten. Der Schluß des Jahres scheidet also für die Sitzungen des Reichstages aus. Mit dem Anfange des Jahres ist es nicht viel anders, da die Landtage, die im Herbst zusammentreten, wohl kaum jemals mit dem Schluß des Jahres fertig werden, sondern ihre Sessionen in das neue Jahr hinein fortsetzen. Der Wunsch, daß sie zu sorgen, daß der Reichstag nicht zu tief in den Sommer hineinsinken muß, hat für den Etat große Schwierigkeiten im Gefolge. Bei der Etatsberatung im vorigen Jahre ist hervorgehoben worden, daß es wünschenswert sei, wenn dem Reichstage alle diejenigen Gesetze, die eine Ueberweisung enthalten, vor dem Etat vorgelegt würden. Wir haben uns bemüht, die Finanzvorlagen so rasch wie möglich einzubringen; dadurch ist die Vorlegung des Etats selbst verzögert worden. Die Verlegung, wie sie der Antrag Lasker will, würde allerdings eine Veränderung des Etatsjahres zur Folge haben, allein die Schwierigkeiten einer solchen Änderung würden keine unüberwindlichen sein. Der Bundesrath würde dann aber in den Stand gesetzt sein, den Etat rechtzeitig fertig zu stellen und die übrigen Gesetze ruhiger vorzubereiten. — Abg. Dernburg beklagt sich, daß selbst jetzt noch nicht alle Vorlagen dem Reichstage zugegangen seien, welche er in dieser Session noch durchberathen solle. An der Nothlage, in der er sich befinde, sei er indes nicht ohne Schuld; es sei ungeschicklich, wenn Mitglieder, denen der Urlaub verweigert sei, dennoch abreisen und es sei ebenso ungeschicklich, wenn Mitglieder, die anwesend seien, das Haus um der Erreichung irgend eines Zweckes willen verlassen, wie es neulich Herr v. Gerverd von sich selbst bekannt habe. — Abg. v. Gerverd kann in diesem Hause nur eine Richtung seines Handelns anerkennen, nämlich seine eigene Ueberzeugung und die seiner Wähler. (Sehr richtig!) Der Abgeordnete könne nicht immer auf seinem Platze sein; dann

müßten entweder lauter beschäftigungsfähige Leute zu Abgeordneten gewählt, oder aber Diäten gezahlt werden. — Abg. Windthorst (Meppen): Der Hauptfehler liege für diesmal in der zu frühen Einberufung des Reichstages, dann aber auch in dem bisherigen Fieber der gesetzgebenden Körperschaften, eine Unmenge von Gesetzen zu produciren. Er möchte bei dieser Gelegenheit auch noch einem Gedanken Ausdruck geben, der voraussichtlich viel Widerspruch finden werde, dem Gedanken einer zweijährigen Budgetperiode, wie sie in Hannover bestanden habe. Dadurch werde wieder eine gewisse Ruhe in die Gemüther des Volkes kommen, das sich in der überstürzten Gesetzgebungsarbeit nicht mehr zurechtzufinden wisse. Das preussische Abgeordnetenhaus habe in seiner letzten Session eine Anzahl von Gesetzen mit vielem Zeitaufwand beraten und angenommen, zu denen nicht der geringste Anlaß vorgelegen habe. (Große Heiterkeit.) — Darauf wird der Antrag Schulze fast einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Lasker's. — Abg. Lasker empfiehlt seinen Antrag mit Hinweis darauf, daß der eben gefaßte Beschluß gegen das Zusammenkommen des Reichstages und der Einzellandtage nur ein frommer Wunsch bleiben werde, wenn man der Reichstagsession nicht einen bestimmten Termin anweise. Ihm scheint der Herbst dazu am passendsten. Es sei auch nöthig, daß die Einzellandtage erst nach dem Reichstage ihre Verhandlungen anfangen, weil sie ja in Betreff des Budgets und vieler anderen Gesetze von der Reichs-Gesetzgebung abhängig sind. Noch ein anderer sachlicher Grund ist vorhanden, ganz entgegengekehrt dem Vorschlage des Abg. Windthorst, daß wir ein zweijähriges Budget für das Reich einführen sollten. Das ist für die umfangreiche Verwaltung des Reiches absolut unmöglich. Ich meine, daß die heutige Anordnung, daß das Budget im April oder Mai beraten werden muß, nicht zuträglich ist. Um im April oder Mai den Etat zur Beratung bringen zu können, müssen die Verwaltungen bereits im October oder September des vorhergehenden Jahres ihre Vorbereitungen anfangen, es muß also vielfach die Phantasie in Anspruch genommen werden. Wir haben deshalb häufige und ziemlich umfangreiche Nachträge zum Etat zu erwarten, die unsere Verhandlungen lästig beschäftigen und den Einzellandtagen wegen der schwankenden Matrikularbeiträge die größte Unbequemlichkeit machen. Dieser Uebelstand wird allerdings nicht ganz zu vermeiden sein, aber er muß auf ein Minimum beschränkt werden. Wir vergrößern den Uebelstand, indem wir zu einer Vorbereitung des Etats im zweijährigen Zeitraum zwingen. Die bequemste Zeit, wenn wir völlig allein auf der Welt wären, wäre der Anfang des Jahres, der außerdem für die Bewohner des Landes einladend ist, nach der Hauptstadt zu kommen. Wir leben aber nicht allein und dürfen nicht verlangen, was die Einzellandtage nicht erfüllen können. Die Zeit vom October bis zum December wäre aber für die Beratungen der Einzellandtage zu beschränkt; denn wir dürfen nicht vergessen, daß, so sehr wichtig die Gesetze des Reiches auch sind, dennoch die Einzellandtage eine große Menge von Detailgeschäften abzuwickeln haben, die keineswegs eine bestimmte Grenze für die Verhandlungen ziehen lassen. Außerdem sind die Einzellandtage noch geeignet mit einer Wohlthat, welche der Abgeordnete Graf Münster dem Reiche auch wünscht, die Wohlthat der Herrenhäuser und der ersten Kammern. Wie wohlthätig solche Luxuslegislativinstrumente (Widerspruch) auch sein mögen, jedenfalls tragen sie dazu bei, die Verhandlungen langsamer zu machen, daß sie um die Hälfte länger dauern, als die des Reichstages. Wenn wir nun mit dem Januar unsere Verhandlungen anfangen wollten, so würde sich zeigen, daß die meisten Einzellandtage zweimal im Jahre tagen müßten vor und nach den Sitzungen des Reichstages. Wenn wir den October als Anfang in Aussicht nehmen, würden wir mit Aufschub einiger Jagdliebhaber vielleicht gar keinen Widerspruch erfahren. Wenn wir dann durch den Bundesrath alle Vorlagen gehörig vorbereitet erhalten, so glaube ich aus meiner Erfahrung sagen zu können, daß ein Zeitraum von 10 Wochen selbst für bedeutende Geschäfte ausreichen wird. Es wäre nur nöthig, daß die Einzellandtage ihr Etatsjahr anders einrichten, weil es nicht wohl zulässig ist, schon im Januar das Budget für das nächste Jahr zu beraten. Ob damit zugleich eine Aenderung des Etatsjahres des Reiches nothwendig sein würde, könnte man erst nach dahingehenden Beratungen der Einzelregierungen unter einander erfahren. — Abg. v. Hellborn befürwortet, daß die in dem Antrage angegebene Zeit für die Beratungen einer Reichstagsession nicht ausreichen werde, namentlich wenn der Reichstag fortwährend von seiner gesetzgeberischen Initiative einen so ausgehenden Gebrauch zu machen, wie bisher. — Abg. Windthorst (Meppen) hofft, daß in dem Antrage nicht der Wunsch nach einer Herbstsession noch in diesem Jahre ausgedrückt sein solle. (Heiterkeit. Rufe: Nein! nein!) Er wünsche gar nicht, daß der Reichstag über einen bestimmten Termin Beschluß fassen. Er sehe nicht ein, weshalb man seine Jahressession des Reichstages wolle; die alten Deutschen, die sich allerdings länger zu fassen gewohnt gewesen seien, als ihre heutigen Nachkommen, hätten auch schon auf dem Raifelde getagt. (Große Heiterkeit.) Für jartere, in den schönen Gegenden Süddeutschlands aufgewachsene Naturen sei Berlin im November ein höchst verderblicher, gesundheitsgefährlicher Aufenthalt. Er selbst sei zwar auch ein Norddeutscher, aber seine Ueberfiedelung von Hannover nach Berlin habe sein Leben jedenfalls nicht verlängert. (Heiterkeit.) In 2 bis 3 Monaten werde der Reichstag auch niemals seine Arbeiten bewältigen können; er arbeite nicht mehr so praktisch und schnell, wie zur Zeit des norddeutschen Bundes. — Abg. v. Kardorff nimmt den Gedanken einer zweijährigen Budgetperiode als einen sehr fruchtbaaren auf, selbstverständlich müßte dann auch die Legislaturperiode des Reichstages auf vier Jahre ausgedehnt werden. Auf jeden Fall aber müsse die Beschlußfähigkeit des Reichstages herabgesetzt werden, wenn er sein Ansehen und seine Würde bewahren wolle. (Widerspruch links.) — Fürst Bismarck: Eine Periode von vier Jahren

schlußfähigkeit, glaube ich, würde mehr dazu wirken, die Vollständigkeit des Reichstages sicherer zu stellen, als wie bisher, wenigstens wenn wir uns nach dem Beispiele Englands richten, wo 40 Mitglieder im Stande sind, gültige Beschlüsse zu fassen, wo also jeder angetrieben wird, zu erscheinen, damit nicht etwa diese vierzig, deren Zusammenkunft er gar nicht weiß und wissen kann, hinter dem Rücken der anderen Beschlüsse fassen, deren Legalität er gar nicht mehr anfechten kann. Was die Wahl der Zeit betrifft, so kann ich nur so viel constatiren, daß ich die bisher aus Gefälligkeit für die einzelnen Landtage gewählte Zeit nicht für die richtige halte. Wir kommen in jedem Jahre in die unangenehme Lage, daß wir mit unseren Arbeiten nicht fertig werden, wenn die Jahreszeit und die warmen Sonnenstrahlen uns mahnen, Berlin zu verlassen; denn abweichend von dem Abg. Windthorst bin ich der Meinung, daß der Sommer ein viel ungesunderer Aufenthalt für Berlin ist als der November, und daß die abgeordneten Kräfte des bayerischen Hochlandes und der rauhen Alpen den November hier gewiß leichter ertragen würden als den Sommer. (Heiterkeit.) Bisher aber ist es thatsächlich der Fall gewesen, daß der Reichstag sich mit dem Abbruch der Zeit hat begnügen müssen, den die Landtage übrig ließen. Ich glaube nun, daß so viel Plenarsitzungen, wie jetzt in den jetzigen Landtagen und im jetzigen Reichstage abgehalten werden, eigentlich zum Geschäftsbetrieb nicht nöthig sind. Nur möchte ich, daß die parlamentarischen Verfassungen, durch die Gesetzgebungsordnung kräftiger gestützt werden, um es den übrigen nicht berufsmäßigen Mitgliedern zu erleichtern, ihre parlamentarischen Pflichten zu erfüllen. Der Schutz der Redefreiheit ist ja absolut unentbehrlich; ob der Schutz der Redefreiheit auch in diesem Maße unentbehrlich ist, darüber weiß ich nicht zu urtheilen. (Heiterkeit.) Daß die jetzige Zeit eine unrichtige ist, und daß der Reichstag von sämtlichen anderen parlamentarischen Verfassungen in dieser Beziehung bisher als eine Art von Uebelthäter behandelt wird, dem zugeschoben wird, was er machen soll, das ist eine Einrichtung, der ich mich wenigstens soweit mein Einfluß reicht, nicht länger füge. Es leidet darunter meines Erachtens auch die nationale, reichsmäßige Entwicklung, wenn die Einzellandtage sich angewöhnen, die Reichsangelegenheiten als einen Zubehör zu ihren Particularanordnungen zu betrachten, wenn sie sich nicht vielmehr endlich daran gewöhnen, daß das Reich nicht ein Anbau zu ihren Einzellandtagen ist, sondern die Gesamtwelt, unter der die Einzellandtage wohnen müssen (Beifall), und die zu kräftigen die Aufgabe aller ist. Meines Erachtens hat das Reich das Recht, sich diejenige Zeit zu wählen, die überhaupt für parlamentarische Verhandlungen in großen Staaten am geeignetsten ist. Denn das Reich ist der wichtigere Factor. Für welche Zeit der Berufung dieser Versammlung der Bundesrath sich vorzugsweise entscheidet, das lasse ich dahin gestellt sein. Mir scheint der eine Zeitraum ebenso annehmbar wie der andere. Nach meinen persönlichen Wünschen wäre mir der Januar der liebste. Die Periode October-November, die andere wünschen, hat ja auch sehr viel für sich, indem es für die Landtage wünschenswerth ist, ihre Einrichtungen mit denen der Reichsreform zu treffen. Will man den Reichstag schon Anfang October berufen, so würde damit dem Bundesrath zugemuthet, schon im September zusammenzutreten und vielleicht noch früher; und da müssen doch die beiden Körperschaften gegenseitig auf einander Rücksicht nehmen. Ich kann für meine Stellung als Reichskanzler nur eine Erklärung abgeben, daß wir die Wünsche des Reichstages im Bundesrath sorgfältig erwägen und sie zur Berücksichtigung des Kaisers, wie ich glaube, mit Erfolg anrufen werden; daß aber, wenn wir in dem Wunsche des Reichstages, auf dessen Conventen wir so sehr gern Rücksicht nehmen, einen Fall, keine Rücksicht auf irgend eine Particularbestimmung nicht abhalten wird, dem Kaiser so rathen zu derjenigen Zeit, über die wir einig sind, den Reichstag zu berufen. Mögen diese Particularbestimmungen geändert werden, das ist eine Aufforderung, die näher liegt, als daß die Institutionen des Reichs sich beugen sollen den Gesetzgebungsanordnungen der Einzellandtage. (Beifall.) — Abg. v. Schoening hält den Herbst für eine sehr unglücklich gewählte Zeit für die Landwirthe. — Abg. v. Gerverd hat Vieles in der Rede des Reichskanzlers mit Freuden gehört, aber den Gedanken einer Herabsetzung der Beschlußfähigkeit weist er auf's Entschiedenste zurück. Das wäre nichts Andres, als eine Vandalenvertheilung des Reichstages. (Große Heiterkeit.) Der Vergleich mit England passe nicht, denn dort handelt es sich um althergebrachte Verfassungen. Wollte die Regierung immer einen voll besetzten Reichstag haben, dann müßte sie das allgemeine Wahlrecht erst einmal ehrlich zur Wahrheit machen und Diäten bewilligen. — Fürst Bismarck: Ich wollte nur constatiren, daß wenn man die Listen derjenigen, die bei der Beschlußfähigkeit des Reichstages gefehlt haben, mit den Einkommensverzeichnissen vergleicht, man zu dem Resultat kommen wird, daß der Mangel an Diäten hierin nichts geändert haben würde. — Abg. v. Gerverd bestritt die Beweiskraft dieser Bemerkung, die höchstens dafür spreche, daß die wohlhabenden Leute, aus denen der jetzige Reichstag zum größten Theil bestehe, schlecht gewählt seien.

Der Antrag Lasker wird darauf mit sehr großer Majorität genehmigt. — Dritte Beratung des von E. K. u. Gen. eingebrachten Gesetzentwurfs, betr. die Errichtung eines Reichseisenbahnnetzes. — Abg. v. Bamberg: In der zweiten Lesung betonte der Vertreter der bayerischen Regierung, daß die Reservatrechte dieses Bundesstaates dem Entwurfe gegenüber bestehen blieben. Nun ist es eine allgemein verbreitete Meinung, daß bei der nationalen Gewinnung der Bevölkerung und des Regentenhauses Bayerns und nach der natürlichen Entwicklung unserer Zustände jene Reservatrechte ganz von selbst allmählich beseitigt werden würden. Zur Illustration dieser logischen Nothwendigkeit diene Folgendes. In der vorigen Session interpellirte ich die Reichsregierung über die Verbindung zwischen Süddeutschland und Italien. Ich beruhigte mich damals, als mir ver-

sichert wurde, man werde den vielfachen Klagen der Reisenden thunlichst Abhilfe verschaffen. Seitdem hat nun ein Mitglied des italienischen Parlaments, welches ich persönlich nicht kenne, die italienische Regierung in demselben Sinne interpellirt und von dem Minister die Antwort erhalten, der Grund der Beschwerden liege nicht im italienischen, sondern in den deutschen, speciell im bairischen Ministerium. Hier hätte nun gewiß die höchste Reichsregierung alle Veranlassung im Interesse des Verkehrs einzugreifen, wenn nicht die Reservatrechte zum Theil hindernd dazwischen träten; und doch können und müssen wir um so mehr eine Auffklärung über die bestehenden Mängel und ihre Abstellung verlangen, als wir 20 Millionen für die Gotthardbahn bewilligt haben. Es kommt für uns dazu, daß das über ganz Ober-Italien bis Florenz gezogene Eisenbahnnetz in den Händen einer französischen Gesellschaft, der sog. Gesellschaft der oberitalienischen Bahnen, ist, welcher auch die lombardischen Bahnen gehören und die deshalb die Mont-Cenis- und Semmering-Linie tendenziös vor dem Brenner bevorzugt. Im römischen Parlament sind selbst Klagen darüber geführt worden, daß die Reisenden in Bologna und Verona festliegen und auf die französischen Züge warten müssen, daß derselbe Umstand für den Waarenverkehr mit Deutschland höchst schädlich wirkt. Der Druck, den die französische Gesellschaft ausübt, wird auch in Italien schwer empfunden. Aber der italienische Interpellant, mit welchem ich mich in dieser Frage in Verbindung gesetzt habe, schreibt am Schluß seines Briefes sehr charakteristisch: „Wird die italienische Regierung Kraft genug haben, sich dem Einflusse jener französischen Gesellschaft zu entziehen, wenn ihr die deutsche nicht mit Demonstrationen zu Hilfe kommt? Ich hoffe, daß bei der Freundschaft der beiden Regierungen, auch wenn die Gerichte von einer besonderen durch Verträge verbürgten Intimität immerhin grundlos sein mögen, die deutsche es an solcher Nachhilfe nicht fehlen lassen wird, die im Interesse beider Länder liegt.“ — Fürst Bismarck: Es sind bereits Anregungen und Aufträge in der von dem Vorredner beifürworteten Richtung gegeben. Wenn diese auch bisher noch keinen Erfolg gehabt haben, so zweifle ich doch nicht, daß ein nachhaltiges Zurückschreiten auf dieselben bei den befreundeten Beziehungen beider Länder von Erfolg sein wird. Ich würde dem Vorredner sehr dankbar sein, wenn er das Material, was etwa zu seiner Disposition steht, mir mittheilen will. Ich werde es bereitwillig annehmen. — Abg. v. Loë: Als das Preßgesetz auf der Tagesordnung stand, habe die gehorsame Majorität das mühsame Werk ihrer Commission in den Papierkorb geworfen, als der Reichskanzler ihr anklagte, ein Preßgesetz werde im Bundesrath vorbereitet. Consequent müßte sie auch heute so verfahren, nachdem sie wisse, daß auch der Bundesrath sich mit dieser Materie befaßt. Der Entwurf monopolisire den Verkehr in den Reichsgrenzen, er begründe eine Omnipotenz des Reiches auf einem Gebiete, wo die Competenz desselben nicht begründet sei. — Präsident Delbrück: Ich will nur den factischen Irrthum des Vorredners berichtigen, daß der Bundesrath sich mit der Ausarbeitung eines Entwurfes über das Reichseisenbahnnetz beschäftigt. Dies ist nicht der Fall. Er hat sich allerdings mit der Frage beschäftigt, aber nur auf der Grundlage des hier eingebrachten Gesetzentwurfs.

Der Specialdiscussion werden nicht die Beschlüsse der zweiten Lesung, sondern eine von den Abgg. Lasker und Gervé offen ausgearbeitete neue Fassung desselben zu Grunde gelegt. — Abg. Lasker motivirt dieses Elaborat als eine Klarstellung der Gedanken des alten Entwurfs, während Abg. Windthorst (Meppen) wie in den früheren Stadien der Beratung, unter heftiger Opposition gegen die ganze Idee des Gesetzes auszuföhren sucht, wie der tumultuarische Gang der Verhandlung, das Einbringen eines ganz neuen Gesetzes in der dritten Lesung am meisten beweise, wie wenig es sich empfehle, einen so wichtigen, die Reichsverfassung ändernden Antrag in fliegender Eile zu erledigen. Die Abgg. Braun (Gera) und v. L. treten diesem Vorwurfe mit Hinweis darauf entgegen, daß der sachliche Inhalt des Gesetzes durch die vorliegende Redaction keine Aenderung erfahren habe. — Die Beratung wird durch Vertagung unterbrochen. — Nächste Sitzung: Sonnabend.

Productenmarkt.

Berlin, 13. Juni. Weizen loco 700 1000 Kilogr. 77-94 R nach Qualität gefordert. 700 Juni 92-94 R. 700 Juli 92-94 R. 700 August 83-89 R. 700 September-October 82-83 R. 700 October-November 81-83 R. 700 Roggen loco 700 1000 Kilogramm 57-65 R nach Qualität gefordert. 700 Juni 58-60 R. 700 Juli 58-60 R. 700 August 57-59 R. 700 September-October 56-58 R. 700 October-November 55-57 R. 700 Gerste loco 700 1000 Kilogr. 52-67 R nach Qualität gefordert. 700 Hafer loco 700 1000 Kilogramm 50-59 R nach Qualität gef. 700 Erbsen loco 700 1000 Kilogramm Rohwaare 52-56 R nach Qualität. Futterwaare 47-51 R nach Qualität. 700 Weizenmehl 700 100 Kilogramm Brutto unversch. incl. Sac. R. 12-14 R. 700 R. 0 u. 1 11-14 R. 700 Roggenmehl 700 100 Kilogramm Brutto unversch. incl. Sac. R. 9-11 R. 700 R. 0 u. 1 8-11 R. 700 Juni 8-11 R. 700 Juli 8-11 R. 700 August 8-11 R. 700 September-October 8-11 R. 700 Hafer 700 100 Kilogramm loco ohne Sac 21 R. 700 Juni 21 R. 700 Juli 21 R. 700 August 21 R. 700 September-October 21 R. 700 October-November 21 R. 700 November-December 21 R. 700 Erbsen loco 100 Kilogr. ohne Sac 24 R. 700 Petroleum raff. 700 100 Kilogramm mit Sac loco 12 R. 700 Juni 11 R. 700 Juli 11 R. 700 August 11 R. 700 September-October 11 R. 700 October-November 11 R. 700 Spiritus 700 100 Liter a 100% = 10,000 R loco ohne Sac 19 R. 4 R. 700 mit Sac 700 Juni 18 R. 27 R. 700 Juli 18 R. 700 August 18 R. 700 September 18 R. 700 October 18 R. 700 November 18 R. 700 December 18 R. 700 weicher nominell 700 50 Kilogr. 12-18 R. hochfein aber Noth bez. 700 mothee ohne Umfab. 8-10 R.

Bekanntmachung.
Die der Stadtgemeinde Danzig zugehörige sogenannte Größ- oder Schneidemühle mit den bisher zu derselben benutzten Grundstücken, bestehend:
a. in der Mühle selbst mit Einschluß der Wohn- und Wirtschaftsgebäude unter der Servis-Bezeichnung an der Schneidemühle No. 2,
b. in dem freien Plage, auf welchem früher die Fodina'sche Fournierschneidemühle gestanden hat, unter der Servis-Bezeichnung an der Schneidemühle No. 1,
c. in dem Hofplatze unter der Servis-Bezeichnung Jungferngasse No. 22 und
d. in dem auf der anderen Seite der Straße belegenen Hofplatze unter der Servis-Bezeichnung Jungferngasse No. 15,
soll nebst dem zu der Mühle gehörigen Inventarium, soweit sich solches im Besitz der Stadtgemeinde befindet, im Wege öffentlicher Auktion verkauft werden.
Hierzu haben wir einen Termin auf **Sonnabend, den 28. Juni cr.,** Mittags 12 Uhr,
im Räumerei-Raffen-Locale des Rathhauses hier selbst anberaumt.
Die speziellen Verkaufs-Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht werden, können aber auch vorher in unserm III. Geschäfts-Bureau in den Vormittags-Dienststunden eingesehen werden.
Jeder Bieter hat im Termine auf Verlangen des denselben abhaltenden Magistrats-Deputirten eine Caution von 500 R. baar zu erlegen, bevor er zum Bieten zugelassen wird.
Danzig, den 3. Mai 1873.
Der Magistrat.

Nothwendige Substation.
Das dem August Wandke und dessen Ehefrau Brigitte Wilhelmine geb. Wilbo gehörige, in Namtau belegene, im Hypothekensbuche unter No. 7 verzeichnete Grundstück, soll
am 29. Juli cr.,
Vormittags 11 Uhr,
im Zimmer No. 14 im Wege der Zwangsversteigerung versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags
am 31. Juli cr.,
Vormittags 11 Uhr,
baselbst verkündet werden.
Es beträgt das Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grundstücks 22 Hekt. 69 Acre 70 Meter; der Reinertrag, nach welchem das Grundstück zur Grundsteuer veranlagt worden 65^{50/100} R.; der jährliche Nutzungswert, nach welchem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden, 29 R.
Die das Grundstück betreffenden Auszüge aus den Steuerrollen und der Hypothekenschein können im Bureau V. eingesehen werden.
Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweitige, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekensbuch bedürftige, aber nicht eingetragene Rechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.
Danzig, den 6. Juni 1873.
Kgl. Stadt- und Kreis-Gericht.
Der Substationsrichter. (1300)
Alsmann.

Deffentl. Auction
in Razin bei Rafel.
Wegen Nachlaßsachen sollen am **Donnerstag, den 19. Juni d. J.,** von Vormittags 9 Uhr ab,
26 gute Ackerpferde,
1 Original-Holländer Bulle,
26 milchreiche Kühe nebst Jungvieh,
ca. 600 starke Hammel,
Maschinen- und Wirtschaftsinventar
metßbietend gegen baare Zahlung verkauft werden.
Wienholtz.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.
Dr. Max von Pettenkofer.
Untersuchungen und Beobachtungen über die Verbreitungsart der Cholera, nebst Betrachtungen über Maßregeln, derselben Einhalt zu thun. Mit 10 lithographirten Tafeln und 1 Plan von München.
Preis R. 2. 8 Sgr.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.
Soeben erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:
„Börseftackel“
Enthüllungen über Gründungen und das Börsenleben, unter Mittheilung der geheimsten Gründer-Verträge und höchst interessanter Börsengeschichten.
Eine freie Folge von Flugchriften herausgegeben von
G. Willmars.
Zweites Heft 7^{1/2} Sgr.
Inhalt: Actien-Banverein unter den Linden! Berliner Centralstraßen-Actien-Gesellschaft. Ueber den gegenwärtigen Zustand der Börse u. c. Das kürzlich ausgegebene erste Heft enthält: Deutsch-Holländischer Actien-Banverein, oder: Wie verdient man 34 Millionen? Ein Ständchen im Lombarden Viertel u. c. Preis 5 Sgr.
Gegen Einbindung von 6 Sgr. für Heft 1, und 8 Sgr. für Heft 2, erfolgt Zufendung handlung.

Julius Bohne, Berlin,
Leipzigerstraße 126.

Fahrpläne
mit den am 1. Juni eingetretenen Änderungen zu haben in der
Exp. d. Danz. Stg.
Br. Lotterie 1/4 4 R., 1/8 2 R., 1/16 1 R., 1/32 15 Sgr. vers. u. verkauft der Königl. Hoflieferant Behrens, 29. Prenzlauerstr. in Berlin.
Geheime u. Hautkrankh., Schwächestände, auch die veralteten Fälle, nachdem alle Kuren erfolglos waren, heile ich brieflich schnell u. sicher.
Dr. Harmuth, Berlin, Prinzenstr. 62.
Specialarzt Dr. Meyer in Berlin heilt Syphilis, Geschlechts- u. Hautkrankheiten in der kürzesten Frist und garantiert selbst in den hartnäckigsten Fällen für gründliche Heilung. Sprechstunde: **Leipzigerstrasse 91** von 8-1 u. 4-7 Uhr. Auswärtige brieflich.
Ratten, Mäuse, Motten, Wanzen, Schaben u. c. vertilgt mit Jahr. Garantie. Auch empfehle meine Medicamente zur Vertilgung des u. Ungeziefers.
J. Dreyling, L. Appr. Kammerj. Thierschstr. 31.
Gegen Gicht, Rheumatismus, Hämorrhoiden, Leiden, Augenkrankheiten, Gicht, Magenleiden jeder Art, überhaupt gegen jede Krankheit, findet man das sicherste Universalmittel in der
Dr. Fernest'schen Lebens-Essenz,
worüber zahlreiche Atteste in der dazu beigegebenen Brochüre vorhanden. Diese Essenz ist zu haben in Danzig bei
Albert Neumann.

Der H. Hopf'sche
Haarwuchs-Extract,
welcher vielfältig erprobt und als ein sicheres Haarwuchsmittel anerkannt ist, vertilgt die lästigen Schinnen und hindert das Ausfallen der Haare sofort. Ich übergebe den Extract nunmehr allen Haarleidenden unter Garantie des Erfolges. Der Preis ist pro Fl. 1 R. Weitere Reclamen enthalte ich mich, da ich Anerkennungen, Dankungen wie Beweise stellen kann.
S. Hopf, Colporteur,
Hundegasse 24.

General-Agentur
für
Porzellanbuchstaben,
Ziffern u. neuester
Erfindung.
Wir liefern dieselben für Firmen, Hotels, Eisenbahnen u. c. einfarbig, verguldet und verguldet mit Schattir von 4-20 Zoll und nehmen auch Extrabestellungen für dieses Fabrikat an. Dasselbe empfiehlt sich durch außerordentliche Eleganz, vorzügliche Haltbarkeit sowie durch bedeutende Billigkeit allen bisherigen Fabrikaten in Blech und Glas gegenüber. Muster überlassen wir bereitwilligst. Buchstaben u. c. werden von der Fabrik mit allem Zubehör, auch mit Schablone geliefert, so daß dieselben leicht auf Holz oder Mauerwerk zu befestigen sind.
Wir wünschen zur Annahme von Commissionen nach Rastern, außer Danzig, auf jedem namhaften Plage in Ost, Westpreußen und Pommern eine Agentur einzurichten. Reflectanten für diesen lohnenden Artikel belieben sich bald an uns zu wenden.
Oertell & Hundius,
Langgasse 72.

Glycerin-
Glanz-Wichse
à Krude 1 1/2 R.
Glycerin-
Glanz-Wichse
in flüssiger Form à gr. Flasche 4 Sgr. empfiehlt nach wie vor in vorzüglicher Qualität die Droguen-Handlung von
Franz Jantzen,
Hundegasse 38.
P. S. Diese Glycerin-Wichse erzeugt schnell einen vorzüglichen dauerhaften leuchtenden Glanz, verbindet das Hart- und Bruchigwerden des Leders u. macht hart und spröde gewordenen nach einigem Gebrauch wieder weich und geschmeidig.

Für Dampf- und
Wasserwerke
empfehle zu Verdichtungen Gummiplatten, Gummirollen in verschiedenen Stärken, Amerikanische Patent-Stoppfenchenschneur u. a. m.; ferner empfehle ich Gummi-Schläuche zu Dampf-, Wasser- und Gasleitungen.
Bei Entnahme von größeren Posten bin ich in der Lage, die niedrigsten Fabrik-Vorzugs-Preise zu stellen.
Victor Lietzan,
Brobbänken- u. Pfaffengasse- Ecke 42.

Der durch seine Vorzüglichkeit bekannte
Müdersdorfer Kalk
ist stets frisch gebrannt und nur allein aus der Kalkbrennerei von **F. O. Hintz,** Berlinerstraße 9 in Elbing, billigt zu beziehen.
Mit 25-30,000 R. Anz. w. e. Gut zu laufen gef. Abz. u. 1316 f. b. Erp. b. Stg. erbeten. Unterhändler verboten.

Programm
für das **Wander-Meeting des Ostpreussischen**
Herrensport-Bereins bei Elbing
Sonntag, den 27. Juli 1873, Nachmittags 4 Uhr.
I. Kurze Steeple-chase. Vereinspreis 100 Thaler und
Ehrenpreis dem siegenden Reiter.
In Uniform oder Dress zu reiten.
Circa 1/2 Meile. Gewicht: 4jähr. 143 Pfd., 5jähr. 150 Pfd., 6jähr. und ältere 152 Pfd. Stuten und Wallachen 2 Pfd. Halblut gleichfalls 2 Pfd. erlaubt. 6 Thlr. Einf., 3 Thlr. Neugeld. Der Sieger erhält 100 Thlr. und Ehrenpreis der betreffende Reiter. Die Einfälle und Neugelder bis 30 Thlr. zu 1/2 und 1 resp. dem zweiten und dritten Pferde. Rest dem Sieger, wenn kein drittes Pferd placirt.
Zeichnen und nennen bis 2 Tage vor dem Rennen, Abends 7 Uhr.
II. Lange Steeple-chase. Vereinspreis 150 Thaler und
Ehrenpreis dem siegenden Reiter.
In Uniform oder Dress zu reiten.
Circa 1/2 Meile. Gewicht: 4jähr. 142 Pfd., 5jähr. 150 Pfd., 6jähr. und ältere 153 Pfd. Stuten und Wallache 3 Pfd. Halblut außerdem 3 Pfd. erlaubt. Einf., 10 Thlr., Neugeld 5 Thlr. Der Sieger erhält den Vereinspreis von 150 Thlr. Ehrenpreis dem siegenden Reiter. Aus den Einfällen und Neugeldern bis 45 Thlr. 1/2 dem zweiten und 1/4 dem dritten Pferde, Rest dem Sieger.
Zeichnen und nennen bis Sonntag den 10. Juni, bis Abends 7 Uhr.
Mit doppeltem Einf. und Neugeld noch Anmeldung bis zwei Tage vor dem Rennen, bis Abends 7 Uhr.
III. Steeple chase mit schwerem Gewicht.
Subscriptionsehrenpreis.
In Uniform oder rothem Rod zu reiten.
Circa 1/2 Meile. Gewicht: 4jähr. 156 Pfd., 5jähr. 165 Pfd., 6jähr. und ältere 168 Pfd. Stuten und Wallachen 3 Pfd. Halblut 3 Pfd. außerdem erlaubt. 5 Thlr. Neugeld 5 Thlr. Die Einfälle und Neugelder bis zur Hälfte dem Sieger und zweiten Pferde.
Zeichnen und nennen bis 2 Tage vor dem Rennen, bis Abends 7 Uhr. Mit doppeltem Einf. bis Abends 7 Uhr vor dem Rennen.
Alle Bedingungen mit Einzahlung des Reugelbes zu dem Elbinger Meeting sind daselbst dem Herrn Lieutenant und Adjutanten Sperber, Ostpr. Ulanen-Regiments No. 8, mit Angabe des Reiters und spezieller Bezeichnung des Pferdes einzureichen. Ebenfalls die Actien à 5 Thlr. und 2 Thlr. nebst Statuten.
Außerdem findet bei Elbing am 26. Juli Nachmittags, oder 27. Vormittags, ein Preis- und Laubenschießen statt, worüber das Nähere bekannt gemacht werden wird. Die Meetings bei Königsberg mußten für dieses Jahr wegen des Tribünenbaues auf dem endlich erlangten festen Rennplatz bei Landheim (Bahnhof Metgethen) bis in den Späthommer hinausgeschoben werden, finden am 31. August und wahrscheinlich 14. September cr. statt und werden die Programme darüber mit Nachstem erfolgen.
Der Haupt-Vorsteher
v. Droste,
Linkehen.

Auction mit havarirtem Roggen.
Montag, den 16. Juni 1873, Vormittags 10 Uhr, Auction im „Schabbel-Speicher“ über:
ca. 4 Lo. Roggen, durch Seewasser beschädigt, ex „Lina“, Capt. Stein.
Mellien. Ehrlich.

Um mit den Restbeständen meiner
diesjähr. Sonnenschirme und En-tout-cas
zu räumen, habe ich dieselben zu bedeutend zurückgesetzten Preisen zum Ausverkauf gestellt.
W. Jantzen.

Modernste Stoffe
für Ueberzieher, ganze Anzüge u. Bein-
kleider, leinene Sommerstoffe, haltbare
Buckskins für Knabenanzüge, schwarze
Luche und Buckskins empfiehlt in stets
größter Auswahl zu billigsten Preisen
F. W. Puttkammer.

Echten arabischen Mokka-Caffee,
wie alle anderen Sorten nach meiner neuen Methode gerösteten Caffee, empfehle preis-
werth.
(458)
Herm. Groe au, Altstadt. Graben 69.
Phosphorsäurehaltigen Gyps
von vorzüglicher Wirkung empfiehlt
Die Guano-Niederlage und
Danziger Superphosphat-Fabrik,
Actien-Gesellschaft.

Feuerwerkskörper
und
bengalische Flammen
empfehle in vorzüglicher Qualität zu sehr billigen Preisen. Bestellungen auf größere Feuerwerke werden entgegen genommen und in kürzester Zeit ausgeführt.
Franz Jantzen,
Hundegasse 38.
P. S. Ausführliche Anleitungen zum Abbrennen werden gratis verabfolgt.
Der durch seine Vorzüglichkeit bekannte
Müdersdorfer Kalk
ist stets frisch gebrannt und nur allein aus der Kalkbrennerei von **F. O. Hintz,** Berlinerstraße 9 in Elbing, billigt zu beziehen.
Mit 25-30,000 R. Anz. w. e. Gut zu laufen gef. Abz. u. 1316 f. b. Erp. b. Stg. erbeten. Unterhändler verboten.

Hunyadi János-Bitter-Quelle
in reicher Füllung eingetroffen. Haupt-Niederlage natürl. Mineralwässer Apotheke Fischertor.
Fr. Hendewerk.

Agentur
für **Eisspinde**
neuester, bester Construction. Wir liefern dieselben in allen, auch den größten Sorten, für Restaurationen, zu Fabrikpreisen. Zeichnungen mit Preisverzeichnisse ertheilen wir gern. Wir empfehlen diese Eisspinde in solchster Ausstattung zu sehr billigen Preisen. Außerdem nehmen wir Aufträge zu Fabrikpreisen auf Eismaschinen, Flaschenfüllapparate, Zimmer-Closets u. c. an.
Oertell & Handius.
In Dargelau per Smagin sind 4 fette Schweine zu verkaufen.

Großes
Concurrenz-Mähen
der **Dufeye, Champion & Royal-Mäh-**
maschinen in Gras, Alee und Getreide findet auf der Feldmark des Herrn Rittergutsbesitzer **U. Hoof** in Roudes am Dienstag Nachmittags, den 17. Juni statt, wozu ich mir erlaube, die Herren Interessenten ergebenst einzuladen.
Graudenz, den 8. Juni 1873.
Otto Heinicke,
Civil-Ingenieur,
Sandlung für Maschinen und
Maschinenbedarfs-Artikel.
NB. Roudes liegt 1/2 Stunden von
Graudenz (Station Warlubien) entfernt und
werden Fuhrwerke f. 3. zu haben sein.
Mit Hochachtung unterzeichnet
Otto Heinicke.

Besonders vortheil-
hafter Gutskauf.
Ein Rittergut in Pommern, Eisen-
bahn- und Chaussee-Verbindung sowie fließ-
barer Fluß, Areal 5300 Morgen, davon
2800 Morgen Acker, fleischfähiger Boden,
zur größern Hälfte Gersteboden (Ab-
dichtung nach Süden) 300 Morgen gute
Wiesen, 1200 Morgen Fichtenwald
(Werth 50,000 R.), 600 Morg. Schonung,
120 Morg. Torfisch, Rest Hoflage, Wene,
Gräben u. c. **Wobubans herrschaftlich,**
Wirtschaftsgebäude sehr gut, unter Liegel-
dach, lobtes Inventarium compl., lebendes
35 Ackerpferde, 46 Haupt Viehvieh, 1400 feine
Schafe, dierleses Jungvieh u. c. **Hypotheken**
nur Landchaft und zwar 38,000 R.
Feuerversicherung 45,000 R., soll beson-
derer Verhältnisse wegen **10000 R. für ca.**
25 Thlr. pro Morgen, bei 40 bis 30
Mille Anzahlung verkauft werden durch
Th. Kleemann in Danzig,
Brobbänkengasse 34.

Zur Beachtung.
Den werthen Herren Hauseigentümern
empfehlen wir uns zur Anlage von Wasser-
leitung und Canalisation unter Garantie.
Büchler & Rückholtz,
Boggenpfehl 5.
Meine Wohnung, 83 magd. Morgen, Bo-
den höchster Kultur, mit voller Ernte,
bin ich Willens wegen Uebernahme einer
anderen Wirtschaft sofort zu verkaufen. Der
Preis ist solid, das todt wie lebende Inven-
tar im besten Zustande, so auch Maschinen
aller Art sind und verbleiben bei der Wirt-
schaft.

Zweihundert volljährige gesunde Mutter-
schafe und 12 junge Milchläse (Kreuzung
von Ostfriesen und Oldenburger-Schorthorn)
sind auf dem Gute Lappin per Böblau wegen
Wirtschaftsänderung zu verkaufen.
Sehr schöne rothe Speise-
Kartoffeln, pro Scheffel
25 Sgr., bei größeren Partien
24 Sgr., sind verkäuflich. Zu
erfragen Jopengasse No. 60
im Comtoir.
Zwei junge 8 Wochen alte
3 Jagdhunde, Värchen, schön
gezeichnet, sind zu verkaufen
Hundegasse 24, parterre.

Tüchtige Verkäufer,
Manufacturist, der poln. Sprache
mächtig, finden günstige Stellung b.
H. M. Wolffheim,
Dr. Stargardt.
Ein junger Mann,
Manufacturist, tüchtiger Ver-
käufer, der polnisch spricht,
findet von sofort od. pr. 1. Juli
c. Engagement bei
M. Schneider,
Meine.

Ein junger Mann,
(27 Jahre), der 4 Jahre in einem hiesigen
Colonial-Waaren-Engros-Geschäft als Lager-
diener fungirt hat, sucht sofort event. 1. Juli
eine solche oder ähnliche Stellung. Adressen
unter 1037 in der Exp. dieser Stg.
Ein Sohn anständiger Eltern, mit nöthiger
Schulbild., wünschl. der poln. Sprache
mächtig, kann in meine Materialhandlung
als Lehrling eintreten.
Ignatz Potrykus, Danzig.

Ein junger Mann, welcher mehrere Jahre
in den Bureau der Herren Rechts-
anwälte gearbeitet, zuletzt in einem Rechts-
anwalts-Geschäfte thätig gewesen und hierüber
gute Zeugnisse aufzuweisen hat, wünschl. unter
elchebenen Ansprüchen von soogleich oder
pr. 1. Juli cr. Engagement in einem Com-
toir gleichviel welcher Branche. Gefällige
Adressen werden unter 1326 in der Expedit.
dieser Zeitung erbeten.
Zwei junge anständige Mädchen aus acht-
barer Familie und mit Nähmaschinen,
Hand- und Busarbeit vertraut, wünschl.
unter befehebenden Ansprüchen und bei guter
Behandlung Placement in anständigen
Büroen auf dem Lande oder in der Stadt.
Offerten mit gefälliger Angabe der Bedin-
gungen werden unter 1320 in der Exp. d.
Stg. erbeten.
Für ein junges Mädchen wird auf einem
größeren Gute eine Stelle zur Erlernung
der Wirtschaft gesucht.
Abz. werden unter 1315 in der Exp.
Stg. erbeten.
Zwei Ladenmädchen, die mehrere Jahre
im Material- und Schattengeschäft waren
empfehl. **J. Hardegen, Goldschmiedeg. 6.**
Eine tüchtige umfichtige Landwirthin, welche
die feine Küche versteht, empfiehlt zum
2. Juli **J. Hardegen, Goldschmiedeg. 6.**
Redaktion, Druck und Verlag von
H. B. Rafemann in Danzig.